

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Nie wieder Krieg!

Große Friedensdemonstration am Jahrestage des Kriegsausbruches.

M. Berlin, 13. Juli. Die im Vorjahre am Jahrestage des Kriegsausbruches vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer und zwölf andern Kulturorganisationen veranstaltete Friedenskundgebung wird in diesem Jahre auf wesentlich erweiterter Grundlage seine Wiederholung finden. In Berlin und in allen größeren Städten des Reiches werden am Sonntag, dem 31. Juli, die Angehörigen der verschiedensten pazifistischen, kulturellen und international gerichteten politischen Verbände ihren gegen jeden Krieg und gegen jede Kriegsursache gerichteten Willen möglichst zum Ausdruck bringen. Die Kundgebungen sollen beweisen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere seine Arbeiterschaft, eine ehrliche pazifistische Außenpolitik verlangt und entschlossen ist, diesen Willen gerade gegenüber den für den 24. August angeetzten Kundgebungen der „Wider- und rassenverhöhnenden Nationalverbände deutscher Offiziere und Soldaten“ durchzusetzen.

In Berlin findet die Kundgebung — die im ganzen Reich, wie im Vorjahre, unter dem Zeichen „Nie wieder Krieg“ stehen wird — im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und am Marktplatz vormittags um 10 1/2 Uhr statt. Zu der auch in diesem Jahre vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer vorbereiteten Kundgebung haben bis zur heutigen Tage die nachstehend aufgeführten Organisationen ihre aktive Beteiligung zugesagt:

Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Völkerbund, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Bund Neues Vaterland, Pazifistischer Studentenbund, Weltjugendliga, Vereinigung der Freunde von Kelian und Völkerverständigung, Bund für radikale Ethik, Reichsbund der Arbeitsbeschäftigten, Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Republikanischer Führerbund, Bund der Kriegsdienstgenossen, Arbeiter-Jugend Berlin, Sozialistische Profektarier-Jugend, Sozialistischer Studentenbund, Arbeiter-Samariter-Bund, Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U.S.P., Freie Arbeiter-Union, Der Bezirksverband Berlin der S.P.D., die Gewerkschaftskommission Groß-Berlin und einige andere verwandte Verbände werden sich gegen Ende dieser Woche über die Form der Beteiligung — an der nicht zu zweifeln ist — offiziell schlüssig werden.

Wucherschütz in Bayern.

Der Staatsanwalt wird an die Kandare genommen.

München, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die bayrische Klassenjustiz müßte, so sollte man annehmen, allen Ansprüchen der bayrischen Reaktionsregierung genügen. Ihre Leistungen gegen die Arbeiterschaft sind ja nicht zu übertreffen. Indes ist sie immer noch nicht so, wie sie nach dem Wunsch der Regierenden sein sollte. Der Staatsanwalt v. Besendorfer ist einer von den wenigen, die wirklich etwas gegen den Wucher unternehmen. Auf Grund der Preistreiberverordnung vom Mai 1918 geht er besonders den Eierwuchsern energisch zu Leibe. Der Landwirtschaftsminister Wucherer warf nun in einer öffentlichen Versammlung des Bauernbundes diesem Mann wegen seiner Tätigkeit gegen den Wucher die schärfsten Vorwürfe an den Kopf und beschuldigte ihn strafbarer Uebertretungen. Schließlich drohte er, daß der Justizminister gegen den Staatsanwalt einschreiten werde. Das ganze Verbrechen, das der so offen geschürzte Staatsanwalt begangen hat, besteht darin, daß er Wucherern und Schiebern das Handwerk legte. Das ist im Ordnungstaat Bayern allerdings ein unerhörtes Vorgehen. Die Gerichte scheinen hier nach Auffassung gewisser Kreise wohl nur dazu da zu sein, über Arbeiter-Gefängnis- und Zuchthausstrafen zu verhängen. Der Vorgang ist ein unerhörtes Skandal. Aber unter einem deutschnationalen Justizminister und einem Ministerpräsidenten kann er kaum noch auffallen.

Wird die Reichsregierung energisch?

Eine Anfrage in München wegen der Ausweisung der Sowjetkommisäre.

Berlin, 13. Juli. (M.) Wie die „Dona“ an zuständiger Stelle erfährt, ist die bayrische Vertretung in Berlin bereits in der vorigen Woche von den Poststellungen der hiesigen Sowjetvertretung bezüglich der Ausweisung des Volkskommissärs Krestinski in Kenntnis gesetzt worden. Außerdem ist die Vertretung der Reichsregierung in München beauftragt worden, bei der bayrischen Regierung um umgehende Auffklärung des Sachverhalts zu ersuchen.

Bisher hat sich die Tätigkeit der bayrischen Regierung in der Affäre darauf beschränkt, in die Staatszeitung die Lage zu lancieren, daß sich die beiden Russen gegen die Fremdenpolizeiverordnungen vergriffen hätten, was erwiesenermaßen unwarhaft ist.

Die Feme der bürgerlichen Mörderzentralen.

Geheime Bruderschaften — Jagdkommandos auf Proletariat. In der Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland, einem beachtlichen halbkreis Stinnesorgan, erschien am 10. Juli an der Spitze ein „Wohne“ überschriebener Artikel von der Berliner

Schriftleitung. Der Verfasser sucht darin den Nachweis zu führen, daß „die Entente, die Franzosen voran, auf dem besten Wege dazu ist, sich jetzt in Deutschland 60 Millionen „Tren“ zu erziehen,“ und die Stinnesfeind in Irland hätten sich gegen die brutale englische Willkür auch nicht anders wehren können als durch Anwendung des Sprichworts „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“ Wenn man dem Verfasser glauben kann, dann wird auch in Deutschland schon mehr nach diesem Wort gehandelt als mancher ahnt. Er erzählt nämlich:

„Schon entsteht hier und da eine geheime Bruderschaft. So verschwören hier und da Landesverräter, die den feindlichen Ueberwachungskommissionen irgend etwas verpöffen haben, und auch Landesfeinde selbst.“ In Berlin hat es in letzter Zeit einige „unaufgeklärte Morde“ gegeben. Von den Opfern weiß man nur, daß sie Geld hatten, das von der Entente kam. Alles andere weiß wohl nur irgendeine geheime Bruderschaft. In Schlesien gibt es kleine Jagdkommandos von Unbedingten, vor denen bereits mancher erjittert. Im Rheinland geht mancher weiße und farbige Franzose mit einem Herzlich kopflos, ohne vorher auch nur einen Schrei tun zu können.“

Der Artikel des ehrenwerten Stinnesblattes gesteht also ganz katzbütig das Bestehen von Mörderzentralen zu, die gegen „Landesfeinde“ und Revolutionäre gerichtet sind. Der Artikel ist eine Empfehlung der Mordarbeit.

Preisfrage: Wird sich ein Staatsanwalt finden, der die Propaganda des Nordes verfolgt?

Antwort: Siehe den Fall Lebius (1000 Mk. Geldstrafe) und den Fall Pudor (Leipzig) (20 Mk. Geldstrafe), wenn es also zu einer Verfolgung käme, so würde nur eine Scheinverurteilung herauskommen. Weshalb sollte sich der Staatsanwalt also unnütze Arbeit machen?

Bevorstehende Einigung in den Reparationsverhandlungen.

Paris, 14. Juli. (M.) Mittwoch vormittag fand im Ministerium des Auswärtigen unter dem Vorsitz des Ministers Douhaire eine Sitzung der Sachverständigen statt, die als die Vorbereitung zum Abschluß betrachtet werden darf. Alle Punkte wurden noch einmal kurz durchgesprochen und es ergab sich bis auf einige kleinere Fragen, die nun noch geregelt werden müssen, Einverständnis. In diesen Tagen, wahrscheinlich am Freitag, werden Bergmann und Guggenheimer nach Berlin reisen, um der Regierung Bericht zu erstatten und die formelle Genehmigung einzuholen. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß der endgültige Abschluß wahrscheinlich in Wiesbaden bei einer Zusammenkunft Douhaire und Rathenau erfolgen soll.

Wann wird Amerika Frieden schließen?

Newyork, 13. Juli. Einer Washingtoner Meldung des Newyork Herald zufolge wird amtlich erklärt, daß dem Präsidenten frühestens in 10 Tagen das Gutachten des Attorney Generals über die Frage zugehen wird, ob nach der Resolution Porter-Knox noch eine Friedenskundgebung erlassen werden soll.

Paris, 13. Juli. (M.) Der Newyork Herald meldet aus Washington: Nach einer Auskunft aus dem Weißen Hause wird der Friedensvertrag mit Deutschland nicht vor Jahresende, die Freigabe der deutschen Vermögen nicht vor dem Spätherbst erfolgen. Die gesetzliche Regelung beider Materien wird der Senat erst nach den Sommerferien vornehmen.

Vom Kongreß der kommunistischen Internationalen.

Lenins Politik wird gebilligt.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Stocholm wird über den Kongreß der kommunistischen Internationalen gemeldet, daß es Lenins gelungen ist, die Zustimmung der dritten Internationalen zu seiner veränderten Politik in Rußland zu gewinnen. In der Debatte traten gegen Lenin auf Alexandra Kollontai und Buchatin, sowie Vertreter der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei. Frau Kollontai äußerte Bedenken gegen die Konzeptionspolitik. Sie fürchtet, die europäischen Arbeiter könnten diese Politik nicht verstehen. Zur Verteidigung der Leninschen Politik trat bezeichnenderweise Trotzky der Frau Kollontai entgegen. Er erklärte, daß innerhalb der russischen Partei noch nicht ein Prozent der Mitglieder derartige Befürchtungen teilen. Grundsätzlich mache es keinen Unterschied, ob man eine deutsche Lokomotive mit russischem Geld, russischem Holz oder einem Teil des russischen Waldes besaße. Ebenjowenig, wie die Rote Armee ohne militärische Sachverständige organisiert werden könne, könne die russische Industrie ohne technische Sachverständige wieder aufgebaut werden.

Noch „völlig unaufgeklärt“.

München, 13. Juli. Zur Erinnerung des Abg. Gareis teilte im Finanzausschuß des bayrischen Landtags auf eine Anfrage der Unabhängigen, wie sich die Staatsregierung zu einer Entschädigung der Witwe stelle, der Finanzminister mit, für das Gesamtministerium könne er diese Frage nicht beantworten. Persönlich sei er der Auffassung, daß eine Parallele zwischen dem früheren Minister Auer, auf den seinerzeit in Landtag ein Attentat verübt wurde, und dem Abg. Gareis nicht gezogen werden könne. Es sei eine Frage, ob der Mordanschlag dem Abgeordneten gegolten habe, da die Tat noch völlig unaufgeklärt sei.

Unter dem Regime der Bochnerpolizei wird die Tat wahrscheinlich für alle Zeit „völlig unaufgeklärt“ bleiben.

Aus der Wohnstätte der feigsten und bornier testen Militärdiktatur.

Von Sig mund Kun si.

Ohne den Widerspruch eines Kundigen befürchten zu müssen, kann man die Behauptung aufstellen, daß niemand einen annähernd richtigen Begriff von Horthungarns politischen und sozialen Verhältnissen gewinnen kann, der nicht weiß, wie die bewaffnete Macht beschaffen ist, die die Konterrevolution stützt und zugleich auch im gewissen Maße und Sinne beherrscht. Hat ja doch der christlich-nationale Abgeordnete Edmund Beniczky, der der Führer der Karlisten und Horthy spinnefeind ist, seit dieser dem Habsburger die Macht nicht übergab, sondern ihn zur Abreise drängte, erklärt, daß Ungarn von der „feigsten und bornier testen Militärdiktatur“ beherrscht wird, die je die Welt gesehen. Beniczky muß es ja wissen, er ist, da er Minister des Innern während Friedrich war, einer der Mitschöpfer dieser Diktatur und bis zum Osterputz des Habsburgers einer ihrer Ruhmesthronen gewesen. Nichtsdestoweniger hat er recht und wir wollen nun an einer Institution aufzeigen, wie diese feige und bornierte Diktatur beschaffen ist.

Man kann lange Zeit in Ungarn oder auch nur in Budapest leben, man kann Theater und Kaffeehäuser besuchen, in der Nacht auf den Straßen wandeln, und man muß nicht einmal ein Fremder von Distinktion sein, um nichts von dieser Diktatur zu bemerken. Kommt man dabei in ein Arbeiterviertel, dann kann es einem schlecht ergehen. Aber man kann trotzdem der Wahrnehmung zustimmen, daß die öffentliche Sicherheit auf den Straßen von Budapest heute größer ist als vor einem Jahre. Die Szenen, die dort vor einem Jahre alltäglich waren, daß Passanten zur körperlichen Beweisführung auf offener Straße gezwungen wurden, ob sie Juden oder keine seien, sind jetzt seltener; Rabauzereien und Schießereien kommen nicht mehr so häufig vor, als vor einem Jahre. Der Terror ist jetzt in gefeilter und verwaltungstechnische Bahnen geleitet. Es gehört zu einem wahrheitsgetreuen Bericht über Horthungarn, zu vermessen, daß man die Straße passieren kann, ohne totgeschlagen, geprügelt oder angespußt zu werden — man ermesse aber, welche Zustände in einem Lande herrschen mußten, von welchem dies als ein Fortschritt erzählt werden kann! — aber es gehört zu einem solchen Bericht noch viel mehr, zu wissen, wie die öffentliche Macht organisiert und gebildet ist und ich will dies an einem einzigen Beispiel etwas ausführlicher zeigen.

Bei jedem Bezirksmilitärkommando in Ungarn ist eine „T“-Abteilung gebildet, die ihren „T“-Offizier in einem jeden Dorfe, in jedem Marktflecken sitzen hat; die Fäden dieser Organisation laufen in die Hände des Obersten Kamillo Karpahy zusammen, der dem Ministerium für Landesverteidigung zugeteilt ist, aber das Recht hat, unmittelbar dem Reichsverweser Horthy seine Berichte zu erstatten. Die „T“-Offiziere werden vielerorts Evidenzoffiziere genannt und da jetzt, nach der Ratifizierung des Friedensvertrages, die Offiziersarmee wenn auch nicht abgerüstet, doch wenigstens verstreut werden muß, hat der Landesverteidigungsminister Bellaky am 29. Mai einen Geheimbefehl ausgegeben, der aber vollinhaltlich in der Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlicht wurde, in dem er anordnet, daß Offiziere und Mannschaften von nun an in Zivil ihren Dienst versehen müssen und die „T“-Abteilung wird von nun an das „Staatistische Amt“ genannt.

Was ist also ein „T“-Offizier? Die ungarische Heeresverwaltung behauptet, daß die „T“-Abteilung die Aufgabe hat, über den Geist der Armee zu wachen, daß sie eine Spionageabwehrorganisation ist und außerdem ihr die Aufgabe übertragen ist, die Armee vor der „kommunistischen Gefahr“ und Agitation zu schützen. Nun besagt aber die Verordnung des ungarischen Landesverteidigungsministers, die die amtliche Nummer 602.929/Ein. 8. 1920 trägt, daß die „T“-Offiziere auch die bürgerliche Bevölkerung beobachten müssen. Vor kurzem wurde ein neuer Geheimbefehl ausgegeben, der die „T“-Offiziere aufforderte, die Verwaltungsbeamten zu beobachten, ob sie keine jüdischenfreundliche Politik treiben und ob sie keine Verbindungen mit Sozialdemokraten unterhalten. Es wurde den T-Offizieren des weiteren eingeschärft, dafür Sorge zu tragen, daß die Lokalpresse keine Nachrichten darüber bringt, wenn hier und da gegen widerpenstige Bauern, Arbeiter oder Juden mit Taktlosigkeit vorgegangen wird. Der „T“-Offizier führt ein Evidenzbuch, in dem nicht nur Militärpersonen, sondern auch politisch unzuverlässige Zivilpersonen registriert werden. Der „T“-Offizier hat das Recht, Untersuchungen zu führen, Verhaftungen vorzunehmen, er ist tatsächlich niemandem verantwortlich; er ist das Vollzugsorgan der Militärdiktatur.

Was treiben die „T“-Offiziere? Wir wollen einige Originalakten als Antwort auf diese Frage anführen. Das Militärkommando des Komitats Fejer hat unter Nummer 488, T. 1921 am 6. Juni eine Verordnung erlassen, in der zu lesen ist: „Der gefeilterte Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung macht es notwendig, daß die zu diesem Behufe bestellten Organe (T-Offiziere) von seiten der bürgerlichen Gesellschaft in der weitestgehenden Weise unter-

stügt werden". Zu diesem Zwecke sollen „Abwehrabteilungen“ aufgestellt werden, deren Mitglieder die „verlässlichsten und mit den einheimischen Verhältnissen am meisten bekannten bürgerlichen Personen“ sein sollen, deren Aufgabe es ist, in angemessenen Zeiträumen unter dem Vorhinein meines dortigen (Stuhlweihenburger) „T“-Offiziers, Hauptmann Paul Gladics, zusammenzutreten und von ihren Beobachtungen Bericht zu erstatten.“

Am 6. Mai 1921 hatte die „T“-Abteilung Budapest I/B. der „T“-Abteilung von Albertfalva, wo sich eine große, militarisierter Flugzeugfabrik von jeher eine Hochburg radikaler Arbeiterbewegung, befindet, den Auftrag erteilt, die durch Flugchriften betriebene „kommunistische“ Agitation in dieser Fabrik auszuforschen und die in dem Befehl namhaft gemachten Arbeiter zu verhaften und „das Flugchriftenmusterpaket, das notwendig ist, um die verbreiteten Flugchriften zu erkennen, bei dem Zentralkommando unverzüglich zu übernehmen!“ Was heißt das „Flugchriftenmusterpaket“? Wo zu braucht ein „T“-Offizier um eine Flugchrift zu „erkennen“, ein Muster? Eine kommunistische Flugchrift ist ja an sich, durch ihren Inhalt erkennbar. Die Ereignisse, die sich diesem Befehl gemäß entwickelten, werden des Rätsels Lösung bringen. Am 8. Mai erschienen „T“-Beauftragte in der Fabrik, wo sie, da sie militarisierter ist, immer Zutritt haben, versteckten in der Nacht „die Mauer-Flugschriften“ und — verhafteten dann am andern Tag, mit der Begründung, daß die in dem Befehl namhaft gemachten Arbeiter die Flugchriften versteckt haben, die Betroffenen. Sie wurden 13 an der Zahl, in die Albrechtstasche abgeführt und zwei davon, die beiden Werkmeister Felix Schwarz und Heinrich Born wurden im Kasernenhofe erschossen.

Die Leichenspiegeltätigkeit der „T“-Abteilung geht vielleicht noch klarer aus einem andern Schriftstück hervor. (Ich möchte bemerken, daß das ganze Archiv der „T“-Abteilung der Redaktion des Blattes „Zórá“ zur Verfügung gestellt wurde, daß der ungarische Abgeordnete Karl Kassay viele Akten in der Nationalversammlung in Budapest zur Verfügung brachte und daß der Ministerpräsident Bethlen mit seinem Worte die Echtheit dieser Akten bestritt.) Das Dokument lautet:

„T“-Abteilung des R. ung. Budapest mit. Stadtkommandos 31. ff. T. 1921.

Streng vertraulich.

Gegenstand: Aufklärung unter der Arbeiterschaft der Staatseisenbahnen und der Brachialgewalt.

Dem Kommando der „T“-Abteilung des IV. Bezirkes. Budapest, 5. Jänner 1921.

Die in den Reihen der Arbeiterschaft und der Brachialgewalt aufgetauchte kommunistische Agitation erfordert energischer Maßnahmen. Hiermit ordne ich die Aufklärung unter der Arbeiterschaft und Brachialgewalt der Staatseisenbahnen an. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie unmittelbar in den Reihen der Arbeiter und der Brachialgewalt vorgenommen wird. Ich weise die Kommandos der einzelnen „T“-Gruppen an, daß sie solche „T“-Personen ausfindig machen und abkommandieren mögen, die geeignet sind, sich in die Reihen der Arbeiter und der Brachialgewalt unauffällig einzufügen.

Die „T“-Beauftragten werden als aktive Dienstleistende betrachtet. Diejenigen, die zur Brachialgewalt abkommandiert wurden, können sich auch in Uniform melden, diejenigen die zur Arbeiterschaft abkommandiert wurden, sollen sich als Arbeiter verkleiden lassen.

Die Abkommandierten haben sich bei mir 7. I 1921 vormittags 10 Uhr zu melden und mit meinen Weisungen sich dann bei der Direktion der Staatseisenbahnen (Zentralkommando der Brachialgewalt der Staatseisenbahnen, Hauptmann Kish, Andrássy ut 73-75), „inognito“ zu melden.

Hauptmann Karlas R a s s a y, Sektionsleiter.

Also man achte darauf: von einer Abteilung der Armee wurden Offiziere und Unteroffiziere abkommandiert, die sich als Arbeiter verkleiden unter die Arbeiterschaft einschleichen, sie ausspionieren und womöglich als Leichenspiegel zu Unbesonnenheiten verleiten sollen. Man merke: diese Institution steht in Verbindung mit der „Brachialgewalt der Staatseisenbahnen“, die ihren Sitz im Direktionsgebäude hat. Wir können dem hinzufügen, daß es alle Arten Brachialgewalt-organisationen gibt; es gibt „Brachialgewalt der Handelsschüler“, eine jede Hochschule hat ihre besondere Brachialgewalt, in jedem Ministerium hat sich aus den weisgardistisch-verlässlichen Beamten eine Brachialgewalt gebildet und das ganze Land ist durch das Netz dieser Organisationen eingegangen. Sie halten das ganze politische und wirtschaftliche Leben unter ihrem Druck und ihrer Kontrolle; hier treten sie als „T“-Offiziere, dort als Erwachte Ungarn, wiederum anderswo als Gebietschutzhilfs- oder Tringl-Garde, als Mow oder Hukos, und wie sie alle heißen, auf. Der Minister, der in Budapest sitzt, gestattet die Verbreitung eines denunzierten, aber antiweisgardistischen Blattes; der „T“-Offizier stellt sich z. B. vor dem Toreingang der großen (mehr als 3000 Arbeiter beschäftigten) Fabrik in Dios-Györ auf und erklärt, es dürfen nur so viel sozialistische Zeitungen in die Fabrik, als weisgardistische. In einem Dorfe stellen die Bauern bei der Wahl des Gemeinderichters ihren eigenen Kandidaten dem von dem Stuhlrichter nominierten gegenüber; am dritten Tage erscheinen die bekannten „unverantwortlichen“ Elemente im Dorfe, verhaften 14 Bauern, prügeln sie entsehlend durch und führen sie in das Gefängnis ab. Es kommt ein „Fluchtversuch“ und der Bauer taucht als unbekannter Leiche auf der Donau auf! (Interpellation Kerekes in der ung. Nationalversammlung). Ein Pfarrer liegt im Streite mit den Bauern, da sie ihm keine Roboterarbeit (Frondarbeit) leisten wollen. Er wendet sich an die Brachialgewalt; sie erscheint im Dorfe und legt den Bauern eine Buße von 100 Stück Vieh auf; daß sie sie auch verprügeln, das geht nur so nebenbei. (Interpellation Letenyei in der ungarischen Nationalversammlung.) Der Abg. Beniczky bringt in der Nationalversammlung einen Antrag ein, indem er fordert, „die Nationalversammlung entsende eine interparteiliche Kommission zur Untersuchung der... Unterhaltungskosten der Brachialformationen, insbesondere der Detachements Hejjas und Bronan und der Verwendung der Beträge, die bei diesen eingelaufen sind (beschlagnahme oder konfiszierte Summen, Bußen, Geschenke, auch dann, wenn sie als Kriegsbote erklärt wurden.“ Nun muß man aber wissen, daß diese Formationen niemals gegen einen Landesfeind gekämpft haben, wie kamen sie also in die Lage, „Kriegsbote“ zu machen im eigenen Volke? Die „Kriegsbote“ dieser Leute — das sind die Früchte ihrer Diebstähle, ihrer Räubereien, ihrer Erpressungen, deren Objekt im Anfang nur der reiche Jude, heute aber schon ein jeder, der etwas besitzt, ist — und das erklärt das allerdings späte Erwachen des Gewissens dieser Herren a la Beniczky.

Wenn man sich diese Tatsachen, die auf Grund von amtlichen Schriftstücken und aus Reden und Interpellationen in der ungarischen Nationalversammlung zusammengestellt wurden,

und die sich durchwegs auf Vorkommnisse der letzten Zeit beziehen, vergegenwärtigt, dann wird man die verschiedenen in der kapitalistischen Presse der Schweiz und auch Deutschlands auftauchenden Behauptungen von dem Abbau des weißen Schreckens und der zunehmenden Konsolidierung Ungarns richtig würdigen können.

Briand über den Leipziger Chauvinistenpöbel

Aburteilung von Kriegsverbrechern in Frankreich?

Paris, 13. Juli. In der heutigen Nachmittagsitzung des französischen Senats gab Ministerpräsident Briand eine Erklärung über die Aburteilung der französischen Abordnung aus Leipzig ab. Die ersten Urteilsprüche waren (Landais, Franke) wartete jedoch den Prozeß ab, den es selbst beantragt hatte. Indessen wurde der Prozeß gegen den General Stenger zu einer Gelegenheit für niedrige chauvinistische Kundgebungen. Es kam zu Zwischenfällen, die hauptsächlich genannt werden müßten, wenn sie bei der jetzigen Lage Deutschlands nicht für lächerlich gehalten würden. Beim Ausgange des Prozesses legte die Menge den Beweis einer niedrigen, regellosen Stimmung ab, Frankreichs Vertreter nahmen diese häßlichen Kundgebungen mit Würde auf. Die deutsche Regierung brachte ihre Entschuldigung vor. Als Frankreich jedoch die näheren Umstände des Prozesses kennen lernte, berief es seine Vertreter ab. Die Frage ist nun die, ob die übrigen Alliierten nicht auch den gleichen Entschluß fassen wollen. Dies geht jedoch nie allein an, jeder verteidigt seine Würde nach seiner Auffassung. Deutschland muß aber endlich einsehen, daß es an der Zeit ist, seine Haltung zu ändern.

Jetzt sieht man, daß Deutschland die Bestrafung seiner Kriegsschuldigen nicht vornimmt. Frankreich gleiche seine Ansprüche zurück und habe seine Alliierten verständigt, daß es noch Richter in Frankreich gibt. Briand gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Alliierten sich zu Frankreichs Anschauungen bekehren und es nicht für befremdlich finden werden, wenn Frankreich, das in Deutschland keine Gerechtigkeit gefunden habe, diese Gerechtigkeit in seinem Lande suche.

Ein Chauvinist gegen den anderen.

Bestige Ausfälle Schillers gegen Briand.

Berlin, 13. Juli. (TU.) Reichsjustizminister Schiller wandte sich am Mittwoch in einer Rede, die er in engeren Kreisen des Deutsch-Demokratischen Klubs hielt, gegen die Ausfaltungen Briands anlässlich der Freisprechung der Kriegsbefehlshaber in Leipzig. Er führte u. a. aus: Die Reden des französischen Ministerpräsidenten enthielten in letzter Zeit in ganz auffälliger Art gehäufte Unfreundlichkeiten und Angriffe gegen Deutschland. Allen diesen Angriffen gegenüber hat sich die deutsche Regierung bisher die größte Reserve auferlegt. Jetzt aber hat Herr Briand in seinen jüngsten Ausführungen die Grenzen überschritten, die unserer Zurückhaltung durch unsere Selbstachtung gezogen sind. Auf die Beleidigungen, die er der deutschen Rechtspflege zugefügt hat, kann ich als Chef der Reichsjustizverwaltung nicht schweigen. Herr Briand hat die Leipziger Prozesse als einen Skandal, als eine Parodie der Gerechtigkeit als ein Theaterstück, eine Komödie bezeichnet. Die Ehre des Richters ist seine Unparteilichkeit. Herr Briand spricht sie dem höchsten deutschen Gerichtshof ab, wenn er behauptet, daß er ein Theaterstück aufgeführt, also ein abgeartetes Spiel getrieben habe. Herr Briand mag die gefälligen Urteile als irrig anprechen; aber denen, die sie erlassen haben, das ehrliche Streben nach Gerechtigkeit abzuspochen, dazu hat er kein Recht.

Internationaler Kampf gegen die Kriegsverbrecher.

Während die deutschen Nationalisten ihre Aufgabe darin sehen, die Kriegsverbrecherprozesse in Leipzig mit einer Aktion zur Vertuschung oder Rechtsfertigung der deutschen Kriegsverbrechen unter Ausnutzung einer Gegenliste der Kriegsverbrecher der Entente zu begleiten, nimmt die Humanität in Frankreich energisch den Kampf gegen die eigenen Kriegsverbrecher auf:

Im Anschluß an seine Enthaltungen über den Befehl des französischen Generals Martin Bouillon, seine deutschen Kriegsgefangenen zu machen, veröffentlicht Gouttenoire de Toury in der getragenen Humanität den Brief eines Dr. Köhlin aus Paris, in dem dieser folgendes mittelt: Die 10. Division Marchand habe sich ganz besonders ausgezeichnet, daß sie wenig Kriegsgefangene machte, darunter besonders das 52. Infanterie-Regiment. Dessen Oberst Pelti-Demange sei besonders würdevoll gewesen. Er habe den formellen Befehl gegeben, weder deutsche Verwundete noch Gefangene einzubringen. Unterleutnant Mariu, zu dessen Zugnis er volles Vertrauen habe, habe ihm bestätigt, daß er sogar der Niederwerfung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Verwundeten, Aerzten und Krankenwärtern, beizuhilfen. Dr. Köhlin erklärt, Pelti-Demange habe in Grand-Fresnoy (Dep. Oise) im November 1915 sich selbst seiner Taten gerühmt. Dr. Köhlin bezeichnet drei Divisionen, die während der Champagnekämpfe kaum Gefangene einbrachten, während sie bei andern Divisionen zu Tausenden gemacht worden seien. Diese drei Divisionen seien die 10., die 15. und die marokkanische Division. Er spricht auch von deutschen Verwundeten, und zwar etwa hundert, die bis nach Stippes gekommen waren, und die man dort vier Tage absichtlich ohne Hilfe, Nahrung, Wasser und Unterstand gelassen habe, bis er sich ihrer angenommen habe.

Der Kampf der Humanität rechtfertigt unsere Haltung, die wir gegen die deutschen Kriegsverbrecher eingenommen haben. Es ist Aufgabe jeder Nation selbst, gegen ihre eigenen Kriegsverbrecher zu kämpfen. Das französische Proletariat hat diese Aufgabe in Angriff genommen, wie der Artikel der Humanität zeigt.

Einkehrende Beruhigung in Oberschlesien.

Der Tätigkeit über polnischen Banden, die in den östlichen Teilen Oberschlesiens auch nach der offiziellen Räumung noch nicht ausgehört haben, scheint endlich durch das energische Eingreifen der englischen Truppen ein Ende bereitet worden zu sein und es hat den Anschein, als wäre die Autorität der Interalliierten Kommission in ganz Oberschlesien wiederhergestellt, der Zustand und seine Abwehr endgültig liquidiert. Darauf deutet auch hin, daß Korfanti, der sich bis jetzt in seinem Hauptquartier Schoppinitz aufgehalten hat, endlich Oberschlesien verlassen hat. Es bleibt nur noch zu hoffen, daß die Entscheidung des Obersten Rates bald und in solchem Sinne getroffen wird, daß auf keiner Seite ein Stachel zurückbleibt und die Vergeltung der oberbeschießen Bevölkerung durch die chauvinistische Verheerung beseitigt wird. Freilich wurde auf allen Seiten durch nationalistische Unübersichtlichkeit und das Hineinzerren imperialistischer Gesichtspunkte so viel gesündigt, daß diese Hoffnung eine sehr schwache bleibt.

Ueber das Eingreifen der englischen Truppen wird gemeldet:

Beuthen, 14. Juli. (TU.) Die Engländer haben in den Kreisen Rattowitz und Beuthen mit einer großen Säuberungsaktion begonnen, die sich vor allem Dingen auf den Landkreis Rattowitz bezieht. In allen Dörfern ist die Waffenaubgabe bis zum 19. Juli angeordnet. Auf drei Straßen und in den umliegenden Wäldern herrscht ein außerordentlich starker englischer

Patrouillenverkehr auf Rädern und mit Maschinengewehren besetzten Panzerautos.

Korfantis Hauptquartier in Schoppinitz ist nun unter englischer Kontrolle, in der Auflösung begriffen, nachdem ein Versuch Korfantis, mit dem die englischen Truppen in Beuthen kommandierenden englischen General Henniker in Verbindung zu treten, mißglückt ist.

Korfanti und Hofer abgereist.

Rattowitz, 14. Juli. (TU.) Der ehemalige polnische Abteilungsleiter Korfanti hat sich, nachdem er einige Kreise des oberbeschießen Aufstandsbereichs bereist hat, in denen er sich von der Liquidierung des Aufstands überzeugte, am 13. Juli nach Warszawa begeben. Nach einer längeren Besprechung mit der polnischen Regierung, die nach Zeitungsnachrichten drei Tage dauern soll, begibt sich Korfanti nach Paris. Die Reise nach Frankreich wird mit der Tagung des Obersten Rates in Zusammenhang gebracht.

Coburg, 14. Juli. (TU.) General Hofer, der Leiter des Deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, ist nach seinem Wohnort Coburg zurückgekehrt.

Achtteil französischer Funktionäre?

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Döbeln: Außer den Generälen Le Rond und dem Kreisinspektoren von Beuthen werden auch die französischen Generale Komandant Ponot und Aubinjault, sowie die Generale und Kreiskommandeure Blanchard und Bonnet abberufen werden. An ihre Stelle treten englische Offiziere. In den Bureau der Interalliierten Kommission und in der Privatskanzlei Le Ronds herrscht großes Aufraunen. Ueberall werden in den Höfen ganze Stöße von Akten verbrannt. Man vernichtet den gesamten Schriftverkehr mit Korfanti in Schoppinitz, mit der polnischen Abteilungs- und Aufstandsorganisation und den Briefwechsel der französischen Kreisinspektoren mit dem französischen Stab der Interalliierten Kommission, damit sie nicht in die Hände der Engländer gelangen.

Die Verantwortung für diese Maßnahme muß dem Berliner Tageblatt allein überlassen werden.

Die Großmächte und die Abrüstungskonferenz

So überraschend schnell, wie Harding seinen Plan einer Abrüstungskonferenz in Angriff nahm, so überraschend schnell treffen jetzt die Zustimmungserklärungen Englands, Frankreichs und, demzunehmen nach, auch Japans ein. Diese Schnelligkeit beweist, daß in den internationalen diplomatischen Verhältnissen in letzter Zeit eine Veränderung eingetreten ist, die den sehr akademischen Plan Hardings, der ursprünglich sicherlich ebenso sehr nur eine Geste darstellte wie der Völkerbund, plötzlich aktuell und zu einem brauchbaren Werkzeug der Diplomatie machte. Und soviel sich bis jetzt überblicken läßt, ist diese Veränderung von der britischen Reichskonferenz ausgegangen, die den Annäherungsprozess Englands an Amerika beschleunigte, das enge Verhältnis mit Japan lockerte und Harding den Gedanken nahelegte, die günstige Situation auszunutzen und die Seemächte, vor allem Japan, zu zwingen, den heutigen Stand der maritimen Rüstungen, der für die Vereinigten Staaten sehr günstig ist, als Grundlage der zukünftigen Ab- oder Aufrüstungen anzunehmen und in China den Grundlag der Offenen Tür anzuerkennen, der Japans Kolonialpolitik in China unterbinden würde.

Ueber das Echo, das Hardings Einladung bei den Alliierten gefunden hat, wird gemeldet:

Lord George über die Konferenz.

London, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab Lord George eine längere Erklärung über den englisch-japanischen Vertrag und die Politik Englands im Fernen Osten und dem Stillen Ozean ab. Zunächst der britischen Regierung einseitig und Amerika, Japan und China habe ein eingehender Meinungs-austausch stattgefunden. Die Vereinigten Staaten ebenso wie China hätten eine Stellung eingenommen, die den Wünschen Englands entspreche. Von Japan liege noch keine endgültige Meinung vor, doch dürfe man hoffen, daß auch sie in günstigem Sinne ergehen werde. Mit den Vereinigten Staaten seien Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Verringerung der Rüstungen im Stillen Ozean abzielten. Was die Politik im Fernen Osten und im Stillen Ozean anlangte, so behalte die britische Reichsregierung den Grundlag im Auge, in freundschaftlicher Fühlung mit den Vereinigten Staaten vorzugehen. Mit Japan wünsche die Reichsregierung ebenfalls enge Freundschaft zu erhalten, da hiervon das Gedeihen des britischen Reiches ebenso wie des Fernen Ostens abhängig sei. Nach wie vor halte die britische Reichsregierung an der Politik der offenen Tür in China fest. Die Herbeiführung einer Konferenz zur Erörterung der Fragen des Fernen Ostens sei auf bestem Wege. Die Konferenz über die Verminderung der Rüstungen solle demnächst in Washington stattfinden. Diese Anregung ebenso wie die weitere Anregung des Präsidenten Harding, in einer Konferenz die Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens zu erörtern, würden im ganzen britischen Reich mit größter Genugtuung aufgenommen.

Lord George sagte über den englisch-japanischen Vertrag weiter, es sei der Wunsch sowohl des britischen Reiches als auch Japans, daß das Abkommen in völlige Übereinstimmung mit den Lehren des Völkerbundes gebracht werde, und daß, sofern Völkerbundslehre und Vertrag miteinander in Konflikt kommen, die Bestimmungen der Völkerbundslehre maßgebend sein sollen. Wie die Blätter melden, wurde gestern eine in diesem Sinne gefasste Note an den Völkerbund veröffentlicht, die vom 7. Juni datiert und von Lord George und dem japanischen Botschafter unterzeichnet ist.

London, 12. Juli. Die diplomatischen Berichtersteller verschiedener Blätter berichten, daß Lord George persönlich an der in Washington geplanten Konferenz teilnehmen werde. Die Konferenz wird vermutlich im Herbst abgehalten werden.

Frankreich und Japan nehmen die Einladung an.

Paris, 13. Juli. (TU.) Briand erklärte am Dienstag in der Kammer über die Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage: Frankreich wird von der Einladung der Vereinigten Staaten dankbar Gebrauch machen, um seine Liebe zum Weltfrieden zu beweisen, die schweren Lasten, worunter die Völker leiden, zu verringern und Frankreich den dauernden Frieden zu schaffen.

Paris, 13. Juli. (TU.) Der Minister des Auswärtigen hat am Dienstag dem amerikanischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in Washington annehme.

London, 13. Juli. (Voss. Zig.) Einem Telegramm aus Washington zufolge hat Japan die Einladung zur Konferenz angenommen. — Es heißt, daß Harding der Konferenz nicht persönlich beiwohnen wolle, sondern sich durch Staatssekretär Hughes vertreten lassen werde. Gerüchtwiese verlautet, daß auch Deutschland und Rußland zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen werden sollen.

Der überflüssige Völkerbund.

Paris, 12. Juli. René Viviani, Delegierter Frankreichs bei der Genfer Versammlung, empfing am Dienstag einen Vertreter von Haas, der ihn fragte, ob der Ausschluß des Völkerbundes für die Befreiung der Rüstungen, in dem er den Vork

föhrt und der auf den nächsten Sonnabend nach Paris einberufen ist, nicht infolge der Einladung der Vereinigten Staaten zu einer internationalen Konferenz vertagt werden wird. Viviani antwortete, daß der Ausschuß in der Tat am nächsten Sonnabend zusammentreten soll und daß alle Vorkehrungen hierfür getroffen seien. Die Einladung der Vereinigten Staaten stellen eine neue wichtige Tatsache dar, die den Lauf der Dinge ändern könne. Der Ausschuß werde am Sonnabend früh im Palais Luxemburg zusammentreten, sich aber nach Kenntnisnahme des Schrittes der Vereinigten Staaten vertagen.

Allseitige Annahme der Einladung.

London, 14. Juli. Daily Express erfährt offiziell, daß alle Staaten Hardings Einladung angenommen haben. Wie verlautet, hat man sich auch an Smuts gewandt, der Konferenz in Washington beizuwohnen.

London, 12. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird haben beide Parteien des Kongresses den Vorschlag des Präsidenten einstimmig begrüßt. Senator Lodge billigte das Vorgehen des Präsidenten, sagte aber, daß wahrscheinlich nur die Einschränkungen der Seeerstützung diskutiert werden würden. Senator Borah lehnte es ab, sich zu äußern. Doch verlautet, daß er einen Vorschlag bestricht, weil die Diskussion entgegen seinem Wunsch nicht auf die Abstützung zur See und nicht mehr auf England, Japan und Amerika beschränkt bleiben soll.

Der französische Standpunkt.

Englisch-amerikanische Garantie oder Militarismus.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung der R. V.) Der United Telegraph meldet aus Paris: Bei den Erörterungen über den Konferenzvorschlag des Präsidenten Harding wird in französischen Kreisen betont, daß der europäische Friede im Jahre 1919 noch nicht endgültig abgeschlossen worden sei. Zuerst habe Frankreich die Rheinlinie als gemeinsame Abwehrgränze gegen deutsche Verluste zum Ueberfall betrachtet, wobei diese Vorkehrungsmaßnahme rein militärischen Charakter haben sollte. Frankreich hätte auf eine englisch-amerikanische Garantie seiner Sicherheit gegen deutsche Angriffe gerechnet. Diese Garantie ist ihm aber tatsächlich nicht gewährt worden. Wenn die nach Washington einberufene Konferenz diese wiederherstellen könnte, dann würde der europäische Friede endlich vollständig gesichert sein und man würde in eine Prüfung des Problems der Abstützung zu Lande eintreten können. Im gegenwärtigen Falle wird Frankreich nach Mitteln suchen müssen, um seine Sicherheit genügend zu verteidigen, ohne in irgend einer Weise den Frieden auf dem europäischen Kontinent dadurch zu erschüttern. Nicht weniger freimütig wird es dann an eine Erörterung der Abstützung zur See gehen können.

Kommunistische Erkenntnis.

Der Vorwärts gibt einen Bericht über die Mitgliederversammlungen der KPD. In Hanau wieder. In dieser ältesten Ortsgruppe der KPD hat die Zentralkomitee eine schwere Niederlage erlitten. In drei Mitgliederversammlungen am 8., 14. und 22. Juni hat sich die Ortsgruppe mit der politischen Lage und der Märzaktion beschäftigt. Obwohl die Zentrale sich durch zwei ihrer zuverlässigsten Stützen, die Landtagsabgeordneten Bied und Eberlein vertreten ließ, wurde doch mit überwiegender Mehrheit eine Resolution angenommen, in der die Märzaktion und die Politik der Zentrale auf das schärfste verurteilt, sowie die Wiederannahme Paul Levis in die KPD verlangt wird. Die Märzaktion, die von der Zentrale eingeleitet und durchgeführt wurde, wird als eine schwere Schädigung für die Revolution bezeichnet. Die Partei habe durch die Märzaktion das Vertrauen und die Sympathie größerer Proletariatsmassen verloren. Die Mitglieder der KPD. Hanau sehen keinen anderen Ausweg, dieses Vertrauen wiederzugewinnen, als daß die Zentrale im Interesse der Revolution abzutreten hat. Sie fordern, daß die Zentrale ihre eigenen Fehler eingestehet und die Konsequenzen zieht. Ferner beantragen die Mitglieder der Ortsgruppe Hanau, den Genossen Levi sofort in die Partei wieder aufzunehmen, da die Herausgabe der Broschüre nicht ein Disziplinbruch, sondern im Interesse der Wiedergesundung der Partei eine unbedingte Notwendigkeit war.

So wird also jetzt von Kommunisten selber die Kritik, die die USV. an der Märzpolitik der Stoeckerchen geübt hat, und ihre Haltung, die sie gegen das sinnlose verbrecherische Abenteuer eingenommen hat, gerechtfertigt. Der kommunistische Parteitag wird interessant werden. — Bemerkenswert ist, daß die Hanauer Kommunisten die schwere Schädigung der kommunistischen Partei durch den Putsch, die die Zentrale immer noch frampfhaft zu leugnen wagt, offen zugaben.

Marodeure der Arbeiterbewegung.

Am Montagabend sprach der Reichstagspräsident Löbe in einer von der S. V. D. in Halle einberufenen öffentlichen Versammlung über die politische Lage und die Sozialdemokratie. Die Kommunisten hatten den Saal zuvor besetzt und die nun folgende Aktion verabredet, nämlich den Redner durch fortgesetzte Zwischenrufe zu stören und die Versammlung schließlich zu sprengen. Dieses Ziel haben sie auch erreicht. Die Versammlung endete nach dem ersten kommunistischen Debatteredner in einem wilden Lohwuhobu und in gegenseitigen derben Anzettelungen — nach manchen Berichten soll es auch zu Schlägereien gekommen sein —, so daß sie sich von selbst auflöste und der Referent mit dem Bureau schleunigst den Saal verließ. Das hallische Kommunistenblatt rühmt diese Heldentaten noch und zeigt damit nur, daß es völlig auf dem Boden des Rabauantifemilismus steht, der seine Gegner auch nicht mit den Waffen des Geistes, sondern mit der rohen Gewalt bekämpft. Diese Praxis übten die Kommunisten bisher auch hier in Leipzig und in Berlin gegen unsere Partei, bis es unseren Genossen endlich zu bunt wurde und sie Abwehrmaßnahmen ergriffen, die jetzt für jede Versammlung vorgehoben werden.

Die Antifemilismenmethode der Kommunisten ist erklärlich, denn es handelt sich bei ihren Anhängern um mehr als 90 Prozent politisch indifferenter Leute, die natürlich keiner Belehrung und politischen Schulung in den Versammlungen ausgesetzt werden dürfen, wenn sie für die kommunistische Partei nicht völlig unbrauchbar werden sollen. Doch muß bei diesen unwillkenden und irreführenden Arbeitern die Aufklärung mit Geduld betrieben werden, damit die Marodeure der Arbeiterbewegung unschädlich werden.

Nur keine Steuern zahlen.

Der Lokalanzeiger in Berlin bringt folgende Nachricht aus Holland: „Bei dem Gemeindevorstand in Doorn ging ein Protest des ehemaligen deutschen Kaisers gegen seine Veranlagung zur Gemeindesteuer ein. Er begründet seinen Antrag damit, daß er sich gegenwärtig in Holland befindet. Er könne deshalb nicht wie ein Bürger zur Steuerzahlung herangezogen werden.“ Diese Meldung mutet wie ein Witz an, mit dem die deutsche Presse hineingelegt werden soll, doch steht der Protest dem Aus-

reicher so ähnlich, daß der Vorgang wohl wahr sein kann. Da die Hohenzollern zwar Jahrhunderte lang die Wälder fröhlich ausgeplündert, aber niemals Steuern gezahlt haben, so will es Wilhelm nicht in den Kopf, daß man ihn in Holland wie andre Bürger behandeln und Steuern von ihm verlangen.

Nationalistischer Erzech in Oeselemünde.

In Oeselemünde haben Nationalisten ein infolge Erschöpfung des Kohlenvorrats eingelaufenes Schiff angegriffen und mit Steinen bombardiert. Wegen der drohenden Gefahr verließ der deutsche Lotse das Schiff. Dieses lief infolgedessen beim Auslaufen auf eine Untiefe, wurde led und sank zehn Meilen von Helgoland. Nach achtstündiger Fahrt langte die Mannschaft, die sich auf ein Boot retten konnte, völlig erschöpft in Helgoland an.

Der nationalistische Vöbel von Oeselemünde hat Ausschreitungen in Grimshögen gegen ein deutsches Schiff zum Anlaß seiner „Aktion“ genommen. Die betroffenen englischen Seeleute haben nach der Berliner Volkzeitung erklärt, daß es sich in Grimshögen nicht um einen nationalistischen Erzech gehandelt habe, sondern daß man dort nur die Ausladung deutscher Streitkräfte, die das Schiff führte, verhindern wollte. Ob diese Angabe richtig ist, müssen wir dahingestellt sein lassen. Die Darstellung der deutschen bürgerlichen Presse, die allerdings nicht weniger Mißtrauen verdient, lautet anders. Danach ist in Grimshögen die Ladung des deutschen Hilfsdampfers und seine Einrichtung zerstört und die Mannschaft schwer bedroht worden lediglich aus daß gegen das deutsche Volk. Von einem Streik der Fischer in Grimshögen war nichts vermerkt. Auf jeden Fall hat aber auch wohl dort nationalistischer Vöbel den Streit als Vorwand zu deutschfeindlichen Ausschreitungen benützt.

Jedenfalls leben wir hier, wie die Nationalisten des einen Landes die des anderen zur Aktion rufen, und wie lo die Entgiftung der Atmosphäre zwischen den Völkern immer wieder verhindert wird.

Vom Orienkrieg.

Vor englisch-hemalistischen Verhandlungen?

London, 14. Juli. (Bosk. Itz.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß nun doch eine Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal und General Harrington arrangiert werden soll. Mustafa Kemal hat seine Haltung geändert und den englischen Oberbefehlshaber um eine Unterredung gebeten. Als Grund für diese veränderte Haltung glaubt man in Ententekreisen annehmen zu dürfen, daß zwischen Angora und der Sowjetregierung in Moskau eine Spannung eingetreten sein soll.

Kemal und die neutrale Zone.

Paris, 12. Juli. Nach einer Meldung aus Konstantinopel landete der Befehlshaber der nationalistischen Truppen in Ismid der Pforte eine Note zur Uebermittlung an die Alliierten, in der es heißt, er werde sich genötigt sehen, die Konstantinopeler neutrale Zone nicht länger zu respektieren, wenn die Griechen fortfahren, Konstantinopel als Stützpunkt zu benutzen.

Deutschland.

Ein nicht unverdienter Urteil. In einem Leitartikel schreibt die demokratische Berliner Volkszeitung u. a.:

Von allen Völkern hat der Reichsfanzler Wirth die kraftvollsten und männlichsten Worte für die demokratische Republik gesprochen und ist nicht bei den Worten stehen geblieben. Sein sozialdemokratisches Mitglied der früheren Kabinete hat so eindeutig eine neue Gesinnung ausgedrückt, wie Dr. Wirth, der Reichsminister der Justiz, die Bürgerliche. Das Urteil für die Rechtssozialisten, die in den früheren Reichsregierungen saßen, recht beläuhend, aber leider nicht unverdient. Ob es sich die letzten regierenden Rechtssozialisten zur Not nehmen werden? Genosse Kolenfeld hat kürzlich einmal betont, daß sich die Bauer und Stadnauer gegen den Zentrumsmann Wirth sicher wie Reaktionäre ausnehmen! Es ist Zeit, daß es anders wird.

Kleine politische Nachrichten. Der bisherige deutsche Abstimmungskommissar für Oberschlesien, Dr. Urbanek, ist von seinem Posten zurückgetreten, angeblich weil seine Tätigkeit als Abstimmungskommissar im wesentlichen beendet ist. Landrat Lukaszek wird die Geschäfte des bisherigen Abstimmungskommissars mit übernehmen.

Der neunte Kriegsverbrecherprozeß.

Zweiter Tag.

Man fährt in der Zeugenvernehmung fort. Poph (Kanalosse) war als Steueremann auf U. 86. Nachmittags, so führt er aus, befamen wir den Dampfer zu Gesicht, wir hatten genau erkannt an den Abzeichen, daß es ein Lazarettenschiff sei. Es wurde gelaucht als wir in die Nähe gekommen waren, weil wir Mißtrauen gegen alle englischen Schiffe hatten. Es wurde alles fertig gemacht zum Torpedieren. Man entschloß sich nach langem Zögern zum Schuß, da wir bestimmt annahmen, daß militärische Streitkräfte an Bord seien. Nachdem wir glaubten, daß das Schiff gesunken sei, tauchten wir auf, um unsere Vernehmung bestätigen zu können. Wir sahen zunächst eine große Menge Ertrinkender in einiger Entfernung schwimmen. Dann bemerkten wir eine große Anzahl Waffentische und Rettungsboote. Wir gingen an diese heran und versuchten mit Feindeln festzustellen, ob sich Offiziere in den Booten befänden. Es ist möglich, daß man von U-Bootsturm Schreck (1) abgegeben hat, um die Leute zu zwingen, an uns heranzukommen. Es wurden mehrere Boote untersucht. Poph gewann allmählich die Ueberzeugung, daß er einen Fehler begangen habe. Wahrscheinlich hörte er mehrere Schüsse an Bord, er selbst war unten im Boot. Es wurde am nächsten Tage wenig über den Vorfall gesprochen, der Seemann kommt über es etwas schnell und leicht hinweg.

Präsident: Aber man macht sich doch Gedanken über die vielen Menschen, die ertrunken sind.

Poph: Nein, es wurde die Geschichte kaum erwähnt. Die ganze Mannschaft wurde von Poph, der keine Verantwortung scheute, verpfichtet, zu schweigen.

Göhler (Oberleutnant j. S. a. D.) Schildert Boldt als Kameraden und Menschen, er ist viele Jahre mit ihm zusammen gewesen, kann also ein Bild von seinem Charakter geben. Boldt hätte gewußt, daß es für ihn im Kriege die Aufgabe gäbe, sich einzuordnen und jeden Befehl unbedingt auszuführen. Boldt hat zu dem Zeugen nicht über die Verletzung des Lazarettenschiffes gesprochen, er hat ihm nur gesagt, es sei ihm die Schweigepflicht auferlegt worden. Auf Unterseeboot 86 ist Zeuge selbst nie gewesen.

Darauf wird Böcker (Kapitän j. S.) vernommen. Er hat auch Boldt kennengelernt, ist viel mit ihm zusammengewesen. Er schildert ihn als einen sehr dienstfertigen Offizier, sein Wesen sei sehr gutmütig.

Leutnant (U-Bootsobermaat auf Unterseeboot 86) ist bei der Torpedierung dabei gewesen, hat sich unten im Boot bei der Beladung befunden. Er weiß nur, daß der Kapitän die Leute zusammenrief kurz nach dem Ereignis. Schüsse hat er gehört, hat aber auf seine Fragen keine Auskunft über die Vorgänge bekommen.

Heinicke (Kapitän j. S.) gibt ein kurzes Charakterbild Dittmars ab. Er schildert ihn als einen ruhigen, festen Menschen. Kren (Obermaschinistenmaat) war von Anfang bis zu Ende auf Unterseeboot 86. Wir hatten das Schiff schon mehrere Stunden verfolgt. Ich bin während der ganzen Zeit, auch während der Torpedierung, unten im Maschinenraum gewesen. Plötzlich hörte er unten eine gewaltige Detonation. Als mein Dienst nachts 1/2 Uhr unten zu Ende war, ging ich hinauf und sah hier und

dort Planken und Bretter, dazwischen Ertrinkende. Ich wurde aber bald wieder hinuntergeholt und ging schlafen, weiß also nichts von dem folgenden. Zeuge hörte ab und zu Geschützfeuer und glaubt bestimmt, daß man von Unterseeboot aus auf die Rettungsboote geschossen haben muß, um sie zu vernichten. An Bord waren nur die Offiziere während der Beschädigung.

Zum ersten Male bricht bei der Vernehmung dieses Zeugen Dittmar sein resigniertes Schweigen: er gibt eine kurze Erklärung über die Bedienung der beiden Geschütze ab, nimmt sich aber vorsichtig in acht, um ja nichts über die Verletzung selbst auszulassen.

Der nächste Zeuge ist Oberleutnant j. S. Ansohe. Er ist im Boot gewesen und hat eine gewaltige Detonation gehört, er nehme zwar an, daß der Kessel auf dem beschossenen Lazarettenschiff geplatzt sei, es könne aber auch Munition explodiert sein. Namentlich auf die Rettungsboote sind nicht gemacht worden. Er habe dann zwar Schüsse gehört, weiß aber nicht, worauf diese abgegeben wurden; er vermutete, daß auf die Rettungsboote geschossen wurde, weil diese wohl verbrannt hätten, zu entfliehen. Am nächsten Tage hat Zeuge ein Gespräch mit Poph gehabt; er hat sich gegen ihn geäußert: „Er (Poph) hätte das nicht getan.“ Darauf habe Poph geantwortet: „Er würde es auch nicht ein zweites Mal tun.“ Die Offiziere haben ihm gar nichts über die Verletzung erzählt; sie schwiegen über alle Einzelheiten auch in den folgenden Tagen.

Koch (Bruchschmied) hat während der ganzen Vorgänge geschlafen, man hat ihm am anderen Morgen erst erzählt, daß man ein Lazarettenschiff in der Nacht torpediert habe. Er hat weder eine Explosion, noch Geschützfeuer gehört, das sei im Innern des Unterseebootes nicht zu vernehmen.

Nun wird Zeuge Raeh (Mechaniker) vernommen. Ihm ist auch die Schweigepflicht über alle Einzelheiten abgenommen worden. Er hat verschiedene Schüsse gehört, kann aber sonst keine Auskunft geben.

Die Sachverständigenberichte.

Saalmüller (Korvettenkapitän) geht auf technische Einzelheiten bei der Bedienung der Geschütze ein. Er spricht weiter über die Verteilung der einzelnen Mannschaften und ihrer Funktionen auf dem Unterseeboot. Die große Anzahl der Leute wußte überhaupt nicht, was oben vorging, deshalb sind auch die deutschen Zeugenaußagen so spärlich.

Was die Frage der englischen Lazarettenschiffe anbelangt, so muß er sagen, daß ein Mißbrauch mit diesen Schiffen allgem. unter den deutschen Seoffizieren angenommen wurde. Es wurde deshalb für die Lazarettenschiffe eine bestimmte Fahrtrinne vorgeschrieben, in der sie nur fahren durften. Die „Llandovery Castle“ ist allerdings in dieser Rinne gefahren, aber Poph hat eben trotzdem angenommen, daß das Schiff eben Kriegsmaterial geladen habe. Ueber die Detonation kann ich nur sagen, daß ich aus der Stärke des Schalles nicht schließen kann, ob es Kessel- oder Munitionsexplosion gewesen ist.

Sachverständiger glaubt, daß Poph den Offizieren und Mannschaften deshalb die Schweigepflicht auferlegt habe, um die deutsche Regierung nicht in eine schwierige Lage dem Ausland gegenüber zu bringen, nicht weil er sich vor einer evtl. Vernehmung und Bestrafung gefürchtet habe. Er ist noch nicht fertig mit der Vernehmung der Zeugenaußagen und will morgen sein Gutachten fortsetzen.

Die Zeugenvernehmung geht weiter. Bruhn: Ich bin einziger Ueberlebender eines Unterseebootes, das von englischen Rettungsbooten (N-Boats) unfähiglich gemacht wurde. Wir haben immer die allergrößte Vorsicht gegen die feindlichen Rettungsboote üben müssen.

Von der Verteilung sind 40 Augen geladen, unzufällig die Hälfte ist angewendet. Man spezifiziert sich jetzt auf Einzelheiten und Parallelfälle, die gar nichts zur Klärung der Sache an sich beitragen.

Es werden Fälle herangezogen, die beweisen sollen, daß die Engländer an den deutschen Seemann genau so oder noch schlimmer gehandelt hätten.

Schluß der heutigen Sitzung war 4 Uhr, Fortsetzung Donnerstags 9 Uhr.

Von Nah und Fern.

Schelmische Anschläge in Braunschweig.

Braunschweig, 18. Juli. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, sind in der vergangenen Nacht wieder zwei Bombenanschläge in Braunschweig verübt worden. Der eine Anschlag richtete sich gegen das Haus des Gerichtschmeiters Dr. Nehring in der Bismarckstraße. Die Offiziere des Hauses mit dem im Erdgeschoss gelegenen Laboratorium wurde fast vollständig zerstört. Menschen wurden nicht verletzt. Der zweite Anschlag richtete sich gegen die Garnisonkirche im Stadtpark. Es wurde nur geringer Schaden verursacht.

In Verbindung mit den Bombenanschlägen steht wahrscheinlich ein Ueberfall auf einen Schutzpolizeibeamten, der in der vergangenen Nacht von fünf Männern im Prinzenpark angefaßt und überwältigt wurde. Der Beamte wurde in hilflosem Zustande aufgefunden und liegt brennungslos im Krankenhaus.

24 Gebäude abgebrannt.

Sektor bei Schnatzenburg a. d. Elbe, 13. Juli. Durch ein Großfeuer wurden in kurzer Zeit insgesamt 24 Gebäude, darunter 7 Wohnhäuser, ein Kauf der Flammen. Viel Vieh und Inventar fiel dem Feuer zum Opfer, die Kirche wurde gerettet. Die Gemeindefälle und sämtliche Aktien der Gemeinde verbrannten. Ein Feuerwehmann wurde bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt. Wahrscheinlich haben Kinder, die mit Streichhölzern spielten, den Brand herbeigeführt.

Fliegerunglücke.

London, 12. Juli. Nach einer Meldung aus Montevideo (Verginien) wurden dort beim Abflug eines Flugzeuges sieben Zuschauer getötet und etwa fünfzig verletzt.

Paris, 12. Juli. Wie Havas aus London meldet, ist der australische Flieger Harry Hawker, der als erster die Ueberfliegung des Atlantischen Ozeans ohne Zwischenlandung von den Vereinigten Staaten nach England versuchte, und dem dies fast ohne Zwischenfall gelang, heute tödlich abgestürzt, als er sich über dem Flugplatz Hendon bei London befand. Sein Flugzeug war in Brand geraten.

Ein Dampfer in Brand.

London, 12. Juli. Auf der Höhe der Seilgrube wurde gestern nachmittags der amerikanische Dampfer Western Front (5743 Tonnen) durch Feuer zerstört. Die Mannschaft wurde bis auf einen Mann gerettet.

Verantwortlich für den edaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Viller, Vorstadt-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Reizbare Haut wird am allmählichsten beunruhigt durch den häufigsten Gebrauch der seit über 25 Jahren stänzend benutzten **Myrrholin-Seife**
Vorgewaschene Sie nicht für die Rolle
1 Tube Zahnpasta „No. 23“
(Dr. Bahr's berühmtes Zahnpulver „No. 23“ in Pastenform) einzukaufen. In denselben Verkaufsstellen vorrätig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bekanntmachung

Es soll von der Eisenbahner-Baugenossenschaft Leipzig G. m. b. H. in Leipzig die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten auf deren Baugelände in Leipzig am Windmühlenteich an einen leistungsfähigen Unternehmer vergeben werden. Die Bedingungen und Leistungsverzeichnisse für diese Arbeiten liegen ab 16. d. Mts. in unserem Geschäftszimmer Kleinschöcher, Hartmannsdorfer Str. 4, aus und können dort gegen Entrichtung von Mk. 10.00 entnommen werden. Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: „Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten“ versehen in dem oben bezeichneten Geschäftszimmer bis Sonnabend, den 23. Juli 1921, mittags 12 Uhr, bestellbarfrei einzureichen. Die Genossenschaft behält sich jede Entschliessung, insbesondere das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen. Leipzig-Kleinschöcher, am 14. Juli 1921. Der Vorstand.

Bekanntmachung

Es soll von der Eisenbahner-Baugenossenschaft Leipzig G. m. b. H. in Leipzig die Ausführung der Zimmerer-, Steinmeh-, Dachdecker-, Gas-, Zink-, Wasserleitungs-, Badeeinrichtungen-, Eisen-, Tischler-, Elektrische-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Tapezier- und Eisenkonstruktions-Arbeiten auf deren Baugelände in Kleinschöcher an leistungsfähige Unternehmer vergeben werden. Die Bedingungen und Leistungsverzeichnisse für diese Arbeiten liegen ab 16. d. Mts. in unserem Geschäftszimmer, Kleinschöcher, Hartmannsdorfer Str. 4, aus und können dort gegen Entrichtung von Mk. 10.00 entnommen werden. Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift: „Ausführung der Arbeiten“ versehen in dem oben bezeichneten Geschäftszimmer bis Sonnabend, den 23. Juli 1921, mittags 12 Uhr, bestellbarfrei einzureichen. Die Genossenschaft behält sich jede Entschliessung, insbesondere das Recht vor, sämtliche Angebote abzulehnen. Leipzig-Kleinschöcher, am 14. Juli 1921. Der Vorstand.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Ostvorstadt. Sonnabend, 16. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung des Vereines in der Guldnen Wue, Selterhauken. Der Wichtigkeit wegen ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder unbedingt nötig. Sonnabend, den 30. Juli, Abendausflug mit Lanachen. Näheres in der Generalversammlung. Der Turnrat.

Wahren. Sonnabend, den 16. Juli, Rommers mit Ball im Birkenhölzchen. Sonntag, den 17. Juli, Spielplatz, Tauchaer Weg Wertungs- und Schauturnen.

Radfahrer-Bund Solidarität

Bezirk 17, Leipzig. Anlässlich der Gauausfahrt feiert die Ortsgruppe Glauchau ihr 20. Stiftungsfest. Die antkommenden Brudervereine werden an den Eingängen der Stadt durch ausgestellte Posten empfangen und in die Standquartiere geleitet. Punkt 1 Uhr stellen zur Kutschfahrt durch die Stadt nach dem Festort „Schönhaus“. Die Bundesgenossen, welche schon Sonnabend nach Glauchau fahren, haben betrefis Ueberrachten dies dem Genossen Alfred Fritzsche, Glauchau, Diktstraße 14, mitzuteilen. Fritsch Krause, Bezirksleiter.

Samaritaner-Vereine

Kolonie Leipzig. Freitag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus die Halbjahres-Generalversammlung statt. Alle Mitglieder sind hiermit eingeladen. Tagesordnung: 1. Abschluss eines Mitgliedebes, 2. Bericht über das vergangene halbe Jahr, 3. Neuwahl des ersten Vorsitzenden, 4. Verschiedenes. D. V.

Nb. Norden. Die Lehungsstunden der Abt. Norden finden von Freitag, den 15. Juli 1921, ab in der 38. Volkshaus, Ecke Breitenfelder und Dalkische Straße statt. Beginn pünktl. abends 7 Uhr, D. V.

Turn- und Sportverein Vorwärts L.-Süd

Sonnabend, den 16. Juli, im Hotel FRIEDRICHSHALLEN, L.-Connowitz

Festkommers

anlässlich des 20jährigen Bestehens. Anfang 7 Uhr . . . Programm 2.40 Mark.

Feierliche Eröffnung des schön hergerichteten und herrlich gelegenen VORWÄRTS-SPORTPARKES

Früh 7 Uhr beginnend: Sportliche Wettkämpfe und Wettspiele. / Nachm. 1/2 Uhr: Stellen zum Festzug am Wiedebachplatz (Ende Elisenstr., zwischen Waisenhaus und Bornaische Str. in L.-Connowitz). / 2 Uhr: Abmarsch, 3 bis 4 Uhr: Turnrische Vorführungen. Bis 7/5 Uhr: Ruffballwettbewerb (sehr interessant). / 7/5 Uhr: FUSSBALLSPIEL des Bundesmeisters Stötteritz gegen Vorwärts Leipzig-Süd. Eintritt nur 1.50 Mark.

Grav. K. St. in D. bewährtes Mittel gegen

Kommunepilz
Obermerer's Medizinal- auf's Wirkliche. Zur Vorbeugung ist Derbs-Creme besond. zu empfehlen. Au haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.



Vorteilhaftes Lebensmittel-Angebot

Prima Molkerei-Butter	Pfund	25.00
Schmalz	"	12.00
Margarine I	"	11.50
Margarine II	"	9.50
Margarine III	"	7.50
Stangenkäse	Stück	0.85
Eier	"	1.50
Mais	Pfund	1.70
Mais, geschrotet und gerissen	"	1.80
Speiseöl, garantiert reine Ware	"	10.00
Erdnussöl	"	10.00
Kartoffeln	"	0.80

Freitag und Sonnabend die letzten Tage
unseres Inventur-Ausverkaufs.

Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz.


Eythra u. Umg.

Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im Reichsadler Dessenl. Versammlung

Tagesordnung: Warum müssen die Eltern der Volkshochschulhinder die weltliche Schule fordern? Referent: Genosse Scholler.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband


Filiale Leipzig
Sonntag, den 17. Juli, findet ein gemeinschaftlicher Familien-Ausflug mit Musik nach dem Ritterschloßchen, Böhlich-Chrenberg statt. Abmarsch nachm. Punkt 1 Uhr vom Rosentalkor. Zahlreiche Beteiligung unserer Mitglieder und deren Angehörige an dieser Veranstaltung erwartet. Die Ortsverwaltung.



Die Damenwelt verwendet nur

Ocean Tulipan

Tolleier-Festseife Blumen-Festseife



Alleinige Fabrikanten
MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN
AKTIENGESELLSCHAFT
WAHREN-LEIPZIG

Generalvertreter für Leipzig:
PAUL HUBNER, LEIPZIG
Bayersche Str. 39. Teleph. 10061.

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“ von Karl Marchionni. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Preisabbau

Elegante Homospun-Poplin-**Anzüge** Besto Stoffe, feinste Verarbeitung Preis nur 400 Mk.
Käthe Thieme
Sporerzäbchen 10. L. Et. Kein Laden, daher äußerst billig.

Industrie-Lack-Firnis

10.00
m. alt. Farb., Lack, Firnis milchb. Streichfertige Farben!
Machinenfarben Alkoor. 12.00
Erdnussfarben 15.00
Röhrenfarben 15.00
Hühnerfarben 17.00
Röhrenmüllfarben 17.00
Kesselfarben, weiß 18.00
Farbenanfert. l. Misch. enthor. Glas, Glasp.
Kreide, Leim, Zement
Schellack, Politur etc.
Feist Adelsstraße 12
Straßenb. 1 u. 8.

Bücher aller Art

halten die Leser unserer Zeitung vortheilhaft durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es schnellstens bestellt. Die Filialen und die Austräger der Volkshaus nehmen Bestellungen entgegen. Ferner Zeitschriften werden auch regelmäßig, logisch nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft
Hötel, Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Filialen:
Volkshaus Leipzig, Seiberstr. Leipzig-Dlt., Ellsabethstraße 19
L.-Lindenau, Obermannstr. 1
L.-Plagwitz, Weihenfelder Str.
L.-Kleinschöcher, Dieckhauerstr.
L.-Schönefeld, Stett. Str. 64
L.-Thonberg, Reibend. Str.
L.-Stötteritz, Verd.-Voll-Str.
L.-Connowitz, Bornaische Str.
L.-Gohlis, Lindenthaler Str.
L.-Eutritzsch, Magdalenastr.
Leipzig-Weißig, Hauptstr. 87.
Böhlich-Chrenb., Wettinerstr.

Inserate sind nicht an die Redaktion sondern an d. Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Wichtige Bekanntmachungen.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.



Wilhelm Rode

Reitzenhainer Str. 3
Fernruf 4867.

Zweites Geschäft

Südstrasse 121 (am Kreuz)
Fernruf 35406. Eigenes Steuerlager!

Aus dem reichhaltigen Sortiment v. selbstgepackten Tabaken sind folgende besonders empfehlenswert:

Uebersee-Rippen geschnitten und gewalzt 100 gr	240
Uebersee-Mischung gut in Brand u. Geschmack Mittelschnitt 100 gr	400
Holländer Kanaster rein Uebersee Mittelschnitt, in billiger Preisloge etwas Gutes 100 gr	450
Schwarzer Krauser feiner würziger Shag, wollig aromatisch 100 gr	500
Amerikaner vorrätig in Fein- u Grobschnitt, leicht, rein Uebersee 100 gr	1200
Virginia-Shag goldgelb, wollig, vom Guten das Beste 100gr	760
Auslese feinsten Ueberseeblätter mit Virginia gemischt, 100gr	700
Zigarren gutsortiertes Lager aller Preislagen	
Zigaretten erstklassige Marken grösste Auswahl	
Kautabak von Reddersen und Hanewacker lafrisch	
Schnupftabake lose und gepackt Zigaretten-Hülsen, -Papier, -Stopfer Zigaretten-Maschinen	

Billige Preise für beste Ware!

in Blütenweiches Bismalms 1/2 lb 12.-	
in Margarine, frische Ware, von 7.30 an	
in Margarine, 1 Pfund 7.50 an	
in Cornedbeef, 1/2 lb, ausgewogen 8.-	
in Bolleris Pfund 3.90 und 2.90	
in Rind Pfund 4.-	
in Perlbohnen "	2.50
in Bitter-Erbsen "	2.30
in grüne Erbsen "	3.-
in weißer Griech "	2.80
in Kartoffeln "	8.-
in Tafelöl "	10.-
in Tafelöl "	10.-
in Honig "	4.50
in Marmelade, süß "	3.50
in Keks, frisch "	8.-
in Malzaffee "	4.70
in Kernerseife, Doppelfest 1.90 und 2.20	
in Schmirselfe, geförnt Pfund 4.80	
echte Kristallzucker "	4.80

Dyck, Stötteritzer Straße 8b. Tel. 4904.

Herr Hermann Altner

Inhaber der Auszeichnung für Treue und Fleiß
Nahesu 40 Jahre ununterbrochen in meinem Geschäft tätig, verliere ich in dem Entschlafenen einen bis zuletzt treuen und zuverlässigen Mitarbeiter, dem ich ein ehrendes Gedenten bewahren werde.
Leipzig, den 13. Juli 1921.
Ernst R. Luther, Seiferei.

Frau Ida Schlotlauf geb. Böhle

Nach schwerem Leiden verchied am 12. Juli im Krankenhaus St. Georg meine innigstgeliebte Gattin, im Alter von 42 Jahren.
L.-Lindenau, Albrechtstr. 61.
In tiefer Trauer
Otto Schlotlauf und Sohn.
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. Juli, vorm. 10 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus statt.

Rosa Graupner geb. Ackermann

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und meiner guten Mutter
lagen wir allen Verwandten und Bekannten für zahlreiche Teilnahme und Blumenwidmung herzlichsten Dank. Besonderen Dank allen denen für wohlthätige Spenden sowie dem Männerchor Böhmisch-Böhlich für Gesang, dem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Pastor Eger für tröstende Worte am Grabe.
L.-Lössna, Lichtensteinerstr. 4, dt., 13. Juli 1921.
Georg Graupner und Kind.

Walter Naumann

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes
lagen wir allen werten Verwandten, Bekannten, Hausbewohnern und Arbeitskollegen für die herzliche Teilnahme an dem so bemerkenswerten Verluste unseren aufrichtigsten Dank. Am bemerkenswerten sei Herr Viktor Roth für seine trostreiche Rede sowie Herrn Lehrer Müller für die erhebenden Worte am Grabe hervorgehoben. Nicht zuletzt sei auch meinen lieben Schulfameraden für die letzte Begleitung zur ewigen Ruhe unser inniger Dank gütlich.
L.-Kleinschöcher, den 14. Juli 1921.
Familie Karl Naumann.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Juli.

Parlamentsangelegenheiten.

Frauentagesordnung L.-O. Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft bei Band, Bernhardtstraße 26.

Frauen von Schmiedfeld, Modan und anderem Osten. Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im Bad Rohrloch Vortrag über: Hausarbeiten und Wochenspiele. Arbeiter-Samariter, Abt. Dlt.

Mölkern. Morgen, abends 1/8 Uhr, im Restaurant Waldhof, Rischbergstraße, Sitzung sämtlicher Funktionäre sowie Spieler und Leiterinnen. Alle Genossinnen und Genossen, welche beim Kinderfest mitarbeiten wollen, möchten ebenfalls erscheinen.

Worsdorf. Der Ortsverein veranstaltet mehrere ein- und auch mehrtägige Kinder-Ferien-Ausflüge; bei mehrtägigen mit Übernachtung in Waldorten und mit Beförderung der Kinder. Anmeldungen für alle Ausflüge können nur in der Mitglieder-versammlung am Sonnabend, dem 16. Juli, erfolgen.

Gruppenrat 7. Die für Freitag, den 15. Juli, angeordnete Sitzung findet erst Donnerstag, den 21. Juli, im Kartell statt.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor den Ferien.

Eine umfangreiche Tagesordnung, zumeist dringliche Sachen, dazu zwei Dringlichkeitsanträge! Der Vorsteher beginnt mit der Drohung: Wenn die Tagesordnung nicht erledigt wird, findet Freitag noch eine Sitzung statt. Jeder wußte nun, was los ist. Zu einer Eingabe über die Reinigung und Beleuchtung der Aula in der 47. Volksschule beantragte Frau Schumann, daß während der Ferien in allen Schulen die Fenster in eigener Regie der Stadt zu reinigen sind. Der Antrag wurde gegen einige Stimmen angenommen, obwohl er bezüglich der geforderten eigenen Regie eine offene Tür eintränkte, denn die Schulhausmänner dürften wohl schon jetzt die Fensterreinigung in eigener Regie der Stadt ausführen.

Zwei Eingaben, vom Leipziger Lehrerverein und vom Schulausschuß, ersuchten die Stadtverordneten, sich gegen den Entwurf zu einem Reichsschulgesetz auszusprechen. Eine Zusatzmehrheit der Ausschüsse beantragte: Die Eingaben dem Rat zur Kenntnisnahme zu überweisen, ohne damit die Übereinstimmung mit den in den Eingaben geltend gemachten Anschauungen zu erklären.

Die überlastete Tagesordnung war der Anlaß, daß sich die Fraktionen dahin verständigt hatten, zu den Eingaben nur Erklärungen abzugeben, aber keine Debatte zu führen. Im Namen der U.S.P.-Fraktion gab Genosse Pabst folgende Erklärung ab: „Der Anlaß zu dem Entwurf des Reichsschulgesetzes ist das Weimarer Schulkompromiß, dessen Gegner die U.S.P. schon beim Zustandekommen war. Wir protestieren hier vor allen Dingen als Stadtverordnete dagegen, daß Mittel der Allgemeinheit verschleudert werden sollen, um eine Verschlechterung des Volksschulwesens und eine Auslieferung der Volksschule an private Verbände vorzunehmen; daß die Lehrerschaft als ein Teil unserer Mitbürger in ihren Staatsbürgerrechten eingeschränkt wird, die ihr in den Worten des Artikels 135 der Reichsverfassung: „Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ gewährleistet sind.“

„daß die freie Entwicklung der Kinder durch Einschränkung in Glaubens- und Weltanschauungsbeurteilungen unterbunden wird. Wir lehnen die Mitverantwortung für die Folgen ab, die eine Annahme des Entwurfs nach sich zieht.“

Weiter beantragte Genosse Pabst: „Das Stadtverordnetenkollegium nimmt Kenntnis von den Protestschreiben des städtischen Schulbeirats und des Leipziger Lehrervereins gegen den Entwurf des Reichsschulgesetzes. Es schließt sich den Protesten an und ersucht die sächsische Regierung darauf hinzuwirken, daß die Reichsregierung den Entwurf zurückzieht. Gleichzeitig wird der Rat ersucht, sich dem Vorgehen der Stadtverordneten anzuschließen.“

Für die Demokraten verlas Professor Dr. Herz das Manuskript einer wissenschaftlichen Abhandlung, die nur den einen Mangel hatte, daß sie zum Schluß nicht mehr mit dem Eingang übereinstimmte, was aber bei der Länge der Erklärung vielleicht vom Verfasser nicht bemerkt wurde, zumal er ja Demokrat, d. h. einerseits-andererseits ist.

Der Rechtssozialist Kressin erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie sich dem Antrag des Herrn Pabst anschliese. Herr Köllig erklärte für seine Freunde, sie würden für den Antrag der Ausschüsse stimmen.

Warrer Jeremias trat in seiner Erklärung für die konfessionelle Trennung der Schule ein. Er sprach von „Zucht und Ordnung“, ganz wie ein Dunkelmann, der von Amts wegen besuht ist, die Schule den Pfaffen zur Volksverblümmung auszuliefern.

Es war schade, daß die Geschäftsloge der Versammlung zu einer solchen Vereinbarung geschäftig hat, der Pfaffe hätte es nämlich verdient, daß er in seiner ganzen schwarzen Herrlichkeit be-

leuchtet worden wäre. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Ausschüsse mit 35 gegen 26 Stimmen abgelehnt und der Antrag Pabst mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Es folgte die Beratung der

Ratsvorlage über die Erhöhung der Kinderbeihilfen

für Ratsmitglieder und Beamte usw., die durch das Vorgehen des Reiches und des Landes auch in der Stadt notwendig geworden ist. Es wurden insgesamt über 1,5 Millionen Mark gefordert. Dr. Herz nahm die Gelegenheit wahr, sein gutes Herz für die Beamten zu zeigen, er beantragte, die Auszahlung der Kinderbeihilfen auf die Zeit bis 1. April 1920 auszudehnen, während die Ratsvorlage „nur“ Rückzahlung seit April 1921 vorsah. Kinderbeihilfen sind eine schreiende Ungerechtigkeit, weil sie nur denen gezahlt werden, die zufällig das Glück haben, beim Reich, Staat oder bei der Gemeinde beschäftigt zu sein. Wer aber die Beihilfen bekommt, für den sind sie eine schöne Sache; trotzdem sprach sogar Stadtrat Dr. Böhm e gegen den Antrag des Professors Herz, der dann auch abgelehnt wurde. Den Ausschüßanträgen wurde zugestimmt.

Zur Unterstützung der Altrentner

lag folgender dringlicher Antrag von Dr. Zund und Genossen vor. „Es wird beantragt, den Rat zu ersuchen und zu ermächtigen, den Alt-Ruhestandlern und ihren Hinterbliebenen auf die durch die Neuregelung der Pensionsbezüge zu erwartenden Erhöhungen einen angemessenen Vorschuß zu gewähren.“

Vom Reich sind Bestimmungen über die Neuregelung der erwähnten Pensionsbezüge erlassen, gegen deren Durchführung in Sachsen aber vom Reich Einspruch erhoben worden ist. Dadurch verzögert sich die Auszahlung. Bis zur Auszahlung der Bezüge sollte der Rat ermächtigt werden, Vorschüsse auf die Pensionen für etwa 600 000 Mk. zu gewähren. Die Stadtverordneten stimmten dem Dringlichkeitsantrag einstimmig zu.

Um den Kindergarten in der Heilanstalt Thonberg

gab es einen heftigen Streit. Die Ratsvorlage verlangte, das sogenannte „Neue Herrenhaus“ sollte als Kindergarten zur Verfügung gestellt werden. Herr Köllig meinte, das Haus eigne sich viel besser zu Wohnzwecken. Es sei möglich, im Garten des Grundstückes eine Baracke zu bauen, die zu einem Kindergarten verwendet werden könnte. Er beantragte, die Ratsvorlage abzulehnen und eine Baracke zu errichten. Wertwirdig war, daß Herr Köllig behauptete, die Stöckerler Lehrer hätten die Schaffung eines Kindergartens für unnötig erklärt. Wenn die Behauptung wahr ist, hätten die Stöckerler Lehrer ein so kraßes soziales Unverständnis bewiesen, daß die Eltern alle Ursache haben, nachzuforschen, in welchen Schulen die Lehrerkollegien — denn nur diese können als Vertretung der Lehrer in Frage kommen — sich in dieser Weise geäußert haben.

Die Anregung des Baradenbaues erscheint zunächst ganz brauchbar, sie müßte aber zur Folge haben, daß aus der Errichtung des Kindergartens in diesem Jahre überhaupt nichts würde. Darauf wies Genosse Schilling nachdrücklich hin, sie gab auch ihrem Erstaunen Ausdruck, daß Herr Köllig, nachdem er ein halbes Jahr an der Sache mitgearbeitet hat, jetzt den Plan geschnitten will. Wenn Wohnungen geschaffen werden sollten, solle man sich an die Willen halten, für die Kinder sei das Beste gut genug. Nachdem so Herr Köllig seine Absicht weg hatte, kam Frau Aldermann daran, die sich von der Genossin Schilling sagen lassen mußte, daß sie hier immer große Reden hält, wenn es aber darauf ankommt, gegen die Kindergärten einzutreten. Dieser seltsame Angriff forderte die „Frau Reichsgerichtsrat“ — die aber in Wirklichkeit mit schlichtem wahrheitsgemäßen Titel Frau vom Reichsgerichtsrat ist — zu zwei Reden heraus. In der ersten sagte sie „Anstöß“, womit sie ihre eigene Rede zwar nicht meinte, aber doch traf. In der zweiten zog sie in unvergleichlicher Zugespinntheit von oben herab alle Register ihrer würdigen Ueberlegenheit gegen die „junge Mutter“, gegen deren Impertinenz die alte Dame mit gerillpfter Nase erklärte: „Der jungen Mutter muß ich doch sagen, daß ich 16 Kinder gehabt habe, die ich in vielen Städten Deutschlands in Kindergärten geschickt habe.“ Wegen dieser größeren Sachkenntnis aus zahlensmäßiger Ueberlegenheit hätte selbst die respektloseste „junge Mutter“ nicht ankommen können. Aber bei der Abstimmung unterlag die „Frau Reichsgerichtsrat“ doch, der Kindergarten wurde nach der Ratsvorlage beschloffen.

Ein Vorstoß der Regiegegner.

Ueber einen Ratsbeschuß zum Einbau von fünfzig Kochöfen in der dritten und vierten Volksschule kam es zu einem Vorstoß der Mittelständler gegen die Regiearbeit. Herr Köllig war für die Defen, aber nicht für die eigene Regie, ebenso Herr Kirmle. Herr Bärner, die unvermeidliche, ewig schwächende lombische Figur des Stadtparlamentes, hatte sich der Unternehmerverband für das Baugewerbe zu einem kaum noch zu entscheidenden Scherz ausgesucht. Sie hatten dem Mann eine Zusammenstellung über eine Regiearbeit geschrieben, in der ausgerechnet war, daß das Einziehen einer Fensterreihe bei einem Glasermeister 7740 Mk. gekostet hätte, während sie in eigener Regie der Stadt 209 Mk. gekostet habe. Man ist ja von Herrn Bärner schon allerlei gewöhnt, denn der läßt sich in seiner unbändigen Redewut ja allem mißbrauchen. Aber trotzdem berührte sein Auftreten diesmal besonders merklich, denn im Kollegium sitzen Bauinteressen genug, die sich aber wohlweislich hüteten, den plumpen Schwanz der Aufrechnung selbst vorzutragen. Vielleicht hat mancher bisher diesen Herrn Bärner noch nicht für so unintelligent gehalten, wie er sich gestern entpuppte.

Zur Förderung des städtischen Wohnungsbaues

stand eine Vorlage des Rates zur Beschlußfassung. Genosse Beyer berichtete über die Ausschüßberatung.

Mit den Druckfahen Nr. 415 a) und b) beabsichtigt der Rat, dem städtischen Wohnungsbaun den Charakter der Selbständigkeit und Rechtspersönlichkeit durch Umwandlung in eine städtische Baugesellschaft m. b. H. zu geben. Was der Rat 1919 durch die Aktiengesellschaft beabsichtigte, will er jetzt durch die Genossenschaft mit beschränkter Haftung verwirklichen.

Der Rat geht davon aus, daß für diesen Baubetrieb, der übrigens von diesem Kollegium am 28. März 1919 einstimmig beschloffen wurde, die Form der G. m. b. H. sich als die zweckmäßigste erwies bzw. durch die Praxis bedingt wird. Diese Form ermöglicht nach Auffassung des Rates einen ziemlich hemmungslosen, fließigen und kaufmännischen Geschäftsgang, wie er von einem solchen Unternehmen im Interesse der Stadt zu fordern ist. In kaufmännischer wie auch organisatorischer Hinsicht erhält das Unternehmen größere Bewegungsfreiheit, die der Rat für geboten hält, annehmbar auf Grund gemachter Erfahrungen. In den Ausschüssen wurde von juristischer Seite diese Form der Umwandlung gegenüber einer U. G. als die bessere angesehen. Für eine U. G. kämen umständliche gesetzliche Bestimmungen in Betracht.

Die Notwendigkeit dieser vom Rate vorgesehenen Organisationsform wurde im allgemeinen anerkannt.

An Stelle von 300 000 Mk., die als Grundkapital vorgesehen waren, schlugen die Ausschüsse 1 Million vor, im übrigen stellten sie zu der Ratsvorlage aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Reihe Abänderungsanträge.

Die Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Regiebauten, die sich im Stadtverordnetenkollegium herangebildet hat, schickte diesmal dem Baumeister Archschmar vor, der einen unglücklich langweiligen, langatmigen und gedankenarme Rede gegen den Regiebau und über Gott und alle Welt hielt. Der Vorsteher, Genosse Sege r, erwähnte den Redner, zur Sache zu sprechen, sonst müßte er ihm das Wort entziehen. Archschmar aber, der nicht von seinem Konzept los konnte, sprach weiter, unglücklich langweilig, langatmig und gedankenarm. Schließlich ging er dazu über, eine richtiggehende Scharsmachrede gegen die Arbeiter zu halten, die mit der Tagesordnung überhaupt nicht mehr zusammenhing, was zur Folge hatte, daß ihm der Vorsteher das Wort entzog. (Die Rede war so langweilig, daß selbst Herr Brautloff von den Leipziger Neuesten am Preßetisch sanft eingeschlafen war.)

Die Bürgerlichen stuhlten! Herr Archschmar war bestürzt und stammelte nur, „dann gehe ich eben hinaus“. Herr Köllig folgte, die andern hinterdrein! Nach und nach gingen sie alle. Die Postschaffner, die kleinen Beamten, die Privatangehörigen, die Hirsch-Dundelchen, die Christlichen, die Demokraten und die Deutschnationalen, sie alle, die Advokaten, die Professoren, die Doktoren und andre Loren, sie alle befanden dem hebrängten Baukapital ihre Hilfe und verließen den Saal. Damit brachten sie nur zum Ausdruck, wie weit die Koalition der Bürgerlichen für den bevorstehenden Wahlkampf gediehen ist. Der Ausszug erweckte Heiterkeit bei der Linken! Ein Pfaffen Gesicht gaudte noch einmal neugierig herein und verschwand wieder. Dann wurde die Tür geschlossen. Professor Dr. Herz zweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses an, das nur ihm aber nichts, denn die Zahl der Anwesenden reichte noch aus. Herr Bärner kam um seine Rede, was er sicherlich 14 Tage lang bitter bereuen wird, aber er hielt als Strohposten Wache. Die Verhandlungen gingen weiter. Der Rechtssozialist Bauerfeld und der Genosse Beyer sprachen für die Vorlage, Stadtrat Hofmann fertigte die Gegner der Vorlage geschickt ab. Dann stellte der Vorsteher die Beschlußfähigkeit des Hauses fest und verlagte die Sitzung auf 10 Minuten.

Großer Kuhhandel. Der Vorsteher will für Freitag eine andre Sitzung einberufen, aber die Herren Stadtverordneten, die so heldenhaft das Baukapital unterstützten, haben schon ihre Ferienfahrkarte in der Tasche. Katale Lage! Schließlich beziehen die Herren ihre geräumte Stellung wieder, Herr Archschmar redet noch einige allgemeine Nebensätze, am Schluß sagt er: „Das Baugewerbe ist bereit, zur Entlastung der Wohnungsnot nach Kräften mitzuwirken, das scheint aber bei der Linken des Hauses nicht der Fall zu sein, denn sie braucht ja die Rot, auch die Wohnungsnot, um billigen Agitationsstoff zu bekommen!“ Prompt wird er durch die Linke abgestraft durch den Ausruf: „Das ist eine Frechheit!“

Bei der Abstimmung wird die Vorlage mit dem Antrag Bauersfeld, das Kapital auf 300 000 Mk. festzusetzen, gegen die 25 bürgerlichen Stimmen angenommen.

Bei der Bewilligung von rund 2 Millionen Mark für Ausführung von Arbeiten des Tiefbauamts konnte Genosse Scheib gleich einen Beitrag zur Frage der Regiebauten liefern, indem er darauf hinwies, daß durch die Regiearbeiten die Unternehmer gezwungen wurden, um 25 Prozent von ihren Forderungen herunterzugehen.

Bei der Beratung über eine Eingabe der Schreibervereine, die um Unterstützung ihrer Kinderkolonien nachgesucht hatten, wies Genosse Dr. Poppi darauf hin, daß heute wohl rund 2 Millionen Mark für Kinderbeihilfen an Ratsmitglieder und Beamte bewilligt worden sind, daß aber für die Kinder der Protestanten und der minderbemittelten Schichten nur 30 000 Mk. bewilligt werden.

Recht merkwürdige Zustände bei der Vermittlung von Wohnungen in städtischen Gebäuden enthielt der Bericht über eine Rückäußerung des Rates. Der Berichterstatter teilte mit, daß drei Wohnungsmieten in allen haufälligen Häusern der Stadt 8 bis 10 Mark für den Quadratmeter betragen — während moderne Woh-

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Zwischen war es der Polizei gelungen, die Menge zurückzutreiben und auf beiden Seiten der Straße Stricke zu spannen. Innerhalb des damit umzäunten Raumes befanden sich etliche Ambulanzen und Polizeikarren. Peter wurde in einen dieser Lehnen geschoben, ein Polizist setzte sich neben ihn, eine Glocke erklang; langsam fuhr der Karren durch das Gebirge. Eine halbe Stunde nachher erreichte sie das ungeheure steinerne Gefängnis, und Peter wurde hineingeführt. Es gab keinerlei Formalitäten, Peters Name wurde in kein Buch eingetragen, noch wurde er nach seiner Herkunft befragt, noch seine Fingerabdrücke genommen. Eine höhere Macht hatte gesprochen, und Peters Schicksal war bereits besiegelt. Er wurde in einen Fahrstuhl gebracht, dann in Kellerräume geführt, schließlich über Stufen in noch niedriger liegende Kammern gebracht. Hier erblickte er eine eiserne Tür mit einem winzigen Spalt an der Oberseite. Dies war das „Loch“. Peter wurde in die Dunkelheit gestochen. Die Tür fiel ins Schloß. Reges Knarren, dann tiefes Schweigen. Peter sank auf den kalten Steinboden, ein Häuflein klägliches, verzweifeltens Elends.

Die Vorfälle hatten sich mit derartigster Geschwindigkeit ereignet, daß Peter ihnen kaum zu folgen vermocht hatte. Nun jedoch hatte er genügend Zeit, hatte nichts außer Zeit. Er konnte das Ganze überdenken und den grausamen Streich erkennen, den ihm das Schicksal spielte. Er lag da, die Zeit verging, er vermochte sie nicht zu messen, wußte nicht, ob Stunden oder Tage verfloßen. Es war kalt und feucht in der Steinzelle. Man nannte sie das „Loch“. Die ganz Wilden und Halsstarrigen wurden hineingebracht, um ihnen das Blut etwas abzulassen. Es war ein Mittel, das diese Wölfe erparste: man ließ den Mann ganz einfach dort liegen, vergaß ihn völlig, und sein gefoltertes Gehirn gehörte das übrige.

Und schließlich hatte das schwarze Loch noch nie einen Menschen beherbergt, der dort mehr Qualen litt, als Peter Gudge. Alles

war ganz besonders grauenhaft, weil es so unordentlich, so unglücklich unwahrscheinlich war. Daß ihm so etwas zustieß, ausgerechnet ihm, Peter Gudge, der sich stets Mühe gab, alle Unannehmlichkeiten des Lebens zu vermeiden, der immer bereit war, andern zu haben, genügend Nahrung zu bekommen, ein warmes Bad zu finden, in das er kriechen konnte! Was war dem Schicksal eingefallen, gerade ihn zum Opfer dieses grausamen Streiches auszuwählen, ihn in diese Lage zu bringen, wo er, was auch immer er tat, dem Leiden nicht aus dem Weg gehen konnte? Er sollte etwas gesehen, und Peter war ganz bereit, alles zu gestehen — wie jedoch konnte er dies tun, da er ja nichts wußte?

Je länger Peter nachdachte, desto empörter wurde er. Es war ungeheuerlich. Er setzte sich auf, starrte grimmig in das schwarze Dunkel. Er sprach zu sich selbst, sprach zu der Welt dort draußen, zu dem Universum, das seine Existenz vergessen hatte. Er tobte, er weinte. Er schrie auf, durchschritt die Zelle, die sechs Fuß im Quadrat maß und derart niedrig war, daß er nicht aufrecht stehen konnte. Er schlug mit der gefundenen Hand gegen die Tür, trat mit dem Fuß dagegen, schrie. Doch es kam keine Antwort, weit und breit war niemand da, der ihn zu hören vermochte.

Als er völlig erschöpft war, sank er abermals zu Boden, versank in einen unruhigen Schlaf, und da er erwachte, war dieses Erwachen ärger als der furchtbare Alpdruck. Dieser entsetzliche Mann wird wieder kommen. Wird ihn von neuem foltern, damit er weint, was er nicht will. Alle Riesen und Teufel, die erfinden wurden, um die Einbildungskraft der Kinder zu erschrecken, waren wie nichts im Vergleich zu der Gestalt des Mannes namens Guffen, wie Peter sich ihn vorstellte, als er in diesem Loch lag.

Etliche Ewigkeiten nachdem Peter eingesperrt worden war, vernahm er Geräusche; die Tür öffnete sich. Peter lauerte in einer Ecke, glaubte, Guffen wäre gekommen. Etwas schrie auf dem Fußboden, dann wurde alles wieder still. Peter blickte sich um und sah ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

Dann verfloßen weitere Ewigkeiten, Peter tobte weiter in ohnmächtiger Wut, abermals ward Brot und Wasser gebracht, und

Peter fragte sich, ob dies zweimal am Tage geschehe, oder ob bereits ein neuer Tag angebrochen sei? Wie lange würden sie ihn hier halten? Wollten sie ihn zum Wahnsinn treiben? Er stellte diese Fragen an den Mann, der ihm Brot und Wasser brachte, doch gab der Mann keine Antwort, sprach kein einziges Wort. Peter hatte im „Loch“ keine andre Gesellschaft als seinen Gott, und Peter kannte seinen Gott nicht gut, fühlte sich im Teufelsa-Teufel mit ihm nicht wohl.

Am meisten wurde Peter von der Kälte gequält; sie kroch ihm in die Knochen, seine Zähne klapperten. Trotzdem er sich rasselnd bewegte, vermochte er sich nicht zu erwärmen. Sobald der Mann die Tür öffnete, bal Peter um eine Decke, und jedesmal, wenn der Mann wieder erschien, bettelte Peter stürmischer. Er sei krank, sei bei der Explosion verletzt worden, verlange nach einem Arzt, werde sterben. Doch kam niemals eine Antwort. Peter lag auf dem Boden, zitterte und weinte, wand sich, redete irr, verlor auf kurze Zeit das Bewußtsein, wußte schließlich nicht, ob er wache oder schlafe, lebe oder gestorben sei. Fieberträume suchten hatten und noch quälten, wurden für ihn zu Angeheuern und Teufeln, die ihn weit fortzuschleppten, ihn in Abgründe der Angst und der Folterqualen stürzten.

Und dennoch, wie auch immer fessam und fremdartig die Leines von ihnen war, bereit fürchtbar, wie es die Wirklichkeit war, die über das Schicksal eines armen Kleinen Mannes namens Peter Gudge beschloß. In American-City lebte eine Gruppe Männer, die sich der Industrien der Stadt bemächtigt hatte und gefestigt in der Industrie sowie in der Stadtverwaltung, stand der Opposition einer neuen, rasch aufblühenden Macht gegenüber, der der Oligarchie zu brechen und deren Macht zu übernehmen. Der Kampf zwischen diesen beiden Gruppen näherte seinem Höhepunkt. Sie glichen zwei gewaltigen Ringkämpfern, im Todeskampf ver-

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf in der Metallarbeiter-Organisation.

Am Dienstag tagte die überaus stark besuchte Mitgliederversammlung der Metallarbeiter, die sich mit den eingereichten Anträgen zum Verbandstag in Jena und der Aufstellung der Kandidaten für denselben zu beschäftigen hatte. Der Verbandstag steht begrifflicherweise im Vordergrund des Interesses eines jeden organisierten Arbeiters, dem an der Vorwärtseentwicklung seiner Gewerkschaft etwas gelegen ist. Besonders die Kommunisten versuchen hierbei ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, um die Gewerkschaften in ihrem Sinne umzugestalten. An ihre Anhänger hatten sie besondere Einladungsjettes zur Versammlung verteilt mit dem Hinweis: **Es geht ums Ganze.** Kollege Leichgräber wies einseitig darauf hin, daß es notwendig sei, bei den gegensätzlichen Auffassungen infolge der verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse in aller Ruhe und Sachlichkeit an die Fragen heranzutreten, die wir zu lösen haben, um die Gewerkschaften auch in Zukunft als brauchbare Kampforgane zu erhalten und weiter auszubauen. Es muß alles vermieden werden, was geeignet ist, die Spaltung in den eigenen Reihen noch weiterzutreiben. Nur sachlicher Meinungsaustausch kann dazu führen; die Gegensätze zu überbrücken. Velder fand diese Mahnung bei den kommunistischen Kollegen recht wenig Beachtung. Sie vermögen sich nicht daran zu gewöhnen, eine andersgerichtete Ansicht in Ruhe anzuhören. Den U.S.P.-Rednern war es nur möglich, unter fortwährendem Lärm und Unterbrechungen ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen. Besonders leistete sich in dieser Beziehung der Kommunist Burke, der einem Redner gegenüber die Bezeichnung **Clown** gebrauchte. Viel richtiger wäre es schon gewesen, dieselbe auf seine Parteifreunde anzuwenden, denn die Vorkämpfer, die von den kommunistischen Rednern ausgeführt wurden, erinnern viel mehr an den Zirkus. So sagte z. B. Ellrodt: „Der Vorstand hat nicht das geringste getan, um den Kollegen bei der Streikbewegung in Mitteldeutschland zu Hilfe zu kommen, er hätte eingreifen müssen, dieselbe vorwärtstreiben.“ Bei einer solchen Ansicht ist man allerdings geneigt, Vergleiche mit einem Spahmacher anzustellen, nachdem außer Lewis, Brax und Anhänger Urteil über den Märzputsch auch das des Moskauer Kongresses so vernichtend über denselben für die deutschen Kommunisten ausgefallen ist. Aber über die grundsätzlichen Anschauungen seiner Parteifreunde braucht wohl ein Redakteur oder Sprechführer nicht unterrichtet zu sein. In der oberflächlichen Frage macht er dem Vorstand zum Vorwurf, daß er durch die Veröffentlichung des Aufrufs für Oberdeutsch in Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung nationalistische Politik getrieben habe. Der Aufruf wurde seinerzeit im Namen sämtlicher gewerkschaftlichen Richtungen Oberdeutschens vom DGB. erlassen und forderte zur Beteiligung an der Abstimmung auf. Wir sind als Sozialisten von jeher für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten und von diesem Gesichtspunkte aus ist der Aufruf zu rechtfertigen. Aber Ellrodt sollte doch einmal zum Vergleich die national-bolschewistische Politik seiner Parteifreunde Weinberg in Oberdeutschens oder Graf und Thomas in München ansehen, die bereit waren, mit nationalen Studenten und Orgeln zusammenzugehen. Im Brennpunkt der Diskussion stand auch Moskau oder Amsterdam. Aber auch hier kommt die Unklarheit in den Reihen der Kommunisten zum Ausdruck. Während Vogt sagt, es ist nicht unbedingt notwendig, daß wir aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale auscheiden, wird er sofort von Ellrodt be-

richtigt dahingehend, unter allen Umständen heraus und nach Moskau.

Von den U.S.P.-Rednern wurde Unterstützung aller der Anträge gefordert, die geeignet sind, die grundsätzliche sozialistische Politik, die auf dem Stuttgarter Verbandstage begonnen wurde, weiter zu verfolgen. Hierher gehören die Anträge in bezug auf den Ausbau des Rätesystems, auf Durchführung der Sozialisierung, das Arbeitslosenproblem usw. Ein Schlußantrag machte der Diskussion in vorgerückter Stunde ein Ende.

Unter Punkt 2 erfolgte die Aufstellung der Kandidaten. Das Wahlreglement schreibt gebundene Kandidatenlisten vor. Wo verschiedene Richtungen vorhanden sind, können zwei Listen aufgestellt werden, eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste. Die Minderheitsliste ist nur dann zulässig, wenn mindestens 10 Prozent der Versammlungsteilnehmer dafür eintreten. Die Feststellung ergab, daß eine U.S.P.-Liste (Leichgräber) und eine K.P.D.-Liste (Lieberich) aufgestellt wurden. Bei der Abstimmung erhielt die K.P.D.-Liste 640 Stimmen, die U.S.P.-Liste 551 Stimmen. Durch das vorzeitige Verlassen der Versammlung von einer großen Anzahl von Kollegen ist die K.P.D.-Liste also die Mehrheitsliste geworden. Von ausgeschlagenem Bedeutung ist das nicht. Die endgültige Entscheidung fällt am Wahlsonntag, dem 24. Juli. Aber Aufgabe und Pflicht eines jeden Kollegen ist es, bis dahin das Interesse des letzten Kollegen zu erweden. Ein jeder Sorge dafür, daß es auch in Zukunft möglich ist, zielklare, sozialistische Politik in den Gewerkschaften zu treiben und agitiere deshalb lebhaft für die

Liste U.S.P. Leichgräber.

Die Dresdner Metallarbeiter entschieden sich in einer außerordentlichen Hauptversammlung mit 470 Stimmen zugunsten der K.P.D.-Liste für die Delegierten zur Jenaer Hauptversammlung der Gesamtorganisation. Auf die Liste der vereinigten U.S.P. und K.P.D. entfielen 322 Stimmen. Es hat noch Urwahl stattzufinden.

Die Leipziger Buchdrucker

befassten sich gestern in einer überfüllten Versammlung im Albertpark mit der Situation im Gewerbe. Die Diskussion bewegte sich mit wenigen Ausnahmen in sachlichen Bahnen. Allgemein kam zum Ausdruck, daß man nicht mehr gewillt ist, alle Produktions- und Bräustörungen vom Unternehmertum ruhig entgegenzunehmen. Der Wille zum Kampf beherrschte die Versammlung. Folgende Entschließung gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme:

„Die Leipziger Buchdrucker-Gesellschaft fordert, in Konsequenz ihres Beschlusses in der letzten Versammlung, eine Erhöhung der Löhne aller Kollegen. Die heutige Versammlung beauftragt den Gauvorstand und den Gehilfenvertreter, der Prinzipalitäts folgende Forderungen zu unterbreiten: Die Löhne aller Leipziger Buchdrucker-Gesellschaften werden ab 1. August um wöchentlich 40 Mark erhöht. Die Entschädigung für Kurzarbeiter wird erneut auf 25 Prozent festgesetzt. Sollten die Unternehmer diese Forderungen ablehnen, so ist die Gehilfenschaft gewillt, sie durch Arbeitsniederlegung zu verweigern.“

Um nun der gesamten Leipziger Kollegenschaft die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben, wurde noch beschlossen, sofort eine Urabstimmung vorzunehmen.

Die Buchdruckerhilfsarbeiter und -Arbeiterinnen

nahmen in einer überfüllten Versammlung am 12. Juli im Vantseon Saal zu den am 24. Juni stattgefundenen Tarifausgleichsverhandlungen und dem vom Reichsarbeitsministerium geäußerten Schiedsspruch. In scharfen Worten verurteilten alle Redner das Verhalten der Prinzipal-Kommission bei den Verhandlungen, indem nicht das geringste Entgegenkommen derselben gezeigt wurde. Der vom Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch wurde einer scharfen Kritik unterzogen. In diesem Spruch kommt klar zum Ausdruck, daß die Lage der Arbeiterklasse im Buchdruckgewerbe, speziell aber des Hilfspersonals, vollständig verkannt wird. Es erfolgte einstimmige Ablehnung. Die Versammlung beauftragte den Vorstand und die Tarifkommission, sofort mit dem Verein Leipziger Buchdrucker-Gesellschaften in Verbindung zu treten zwecks Herbeiführung örtlicher Feuerungszusagen. Sollten die Prinzipale kein Entgegenkommen zeigen, dann verpflichten sich die Versammelten, auch das letzte Mittel in Anwendung zu bringen, um ihren gerechten Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen

Die Sperte über die Firma Großfleischerei Max Ufer u. Co., Hainstraße 17/19, besteht weiter. Zu allen Festlichkeiten, welche die geliebten Fleischergesellen veranstalten, führt Herr Ufer seine Gesellen hin und traktiert sie dort mit Freiblet und Maatzen. Bei dem Handwerkertag in Meusdorf hat Herr Ufer einen sein Auto zur Verfügung gestellt, damit die geliebten Fleischergesellen der Leipziger Bevölkerung zur Schau fahren könnten. Dafür bezahlt Ufer aber auch nur die billigsten und willigsten Arbeiterkräfte; Verheiratete stellt er gar nicht erst ein. Verkäuferinnen und Dienstpersonal kennen keine geregelte Arbeitszeit. Es wurde festgestellt, daß die Dienstmädchen in der Regel ununterbrochen von morgens 6 Uhr bis nachts 11 Uhr gearbeitet haben. Auf Kosten der Angestellten verkauft Herr Ufer billiges Fleisch, auf Kosten der Angestellten teilen die Herrschaften in die Seebäder.

Arbeiter, Hausfrauen! Unterstützt die organisierten Fleischergesellen. Deckt euren Bedarf dort ein, wo das Personal anständig behandelt wird, wo die Fleisch- und Wurstwaren ebenso preiswert und gut wie bei dieser Firma sind. Wir empfehlen besonders den Konsumverein L. Plagwitz.

Textilarbeiterstreik in Nordhausen. Wegen Lohnstreikigkeiten sind 270 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in den Streik getreten.

Allgemeiner Ausstand in Lody. Da der Fabrikantenverein der Lodyer Textilindustrie auf die von den Arbeitern verlangte Lohn-erhöhung von 120 Prozent nicht eingehen will, hat der Zentralverband der Gewerkschaften den allgemeinen Ausstand proklamiert.

Quiffung

Für die Opfer des Terrors in Rußland gingen im Sekretariat Groh-Velozia der U.S.P. folgende Beträge ein: Sibuna Südhörscht 45.50 Mk., Sonnmann 15.- Mk., Brüderlichkeit 50 Mk., Otto Bayer 10 Mk., B. r., Plagwitz, 5.- Mk., Cyrus.

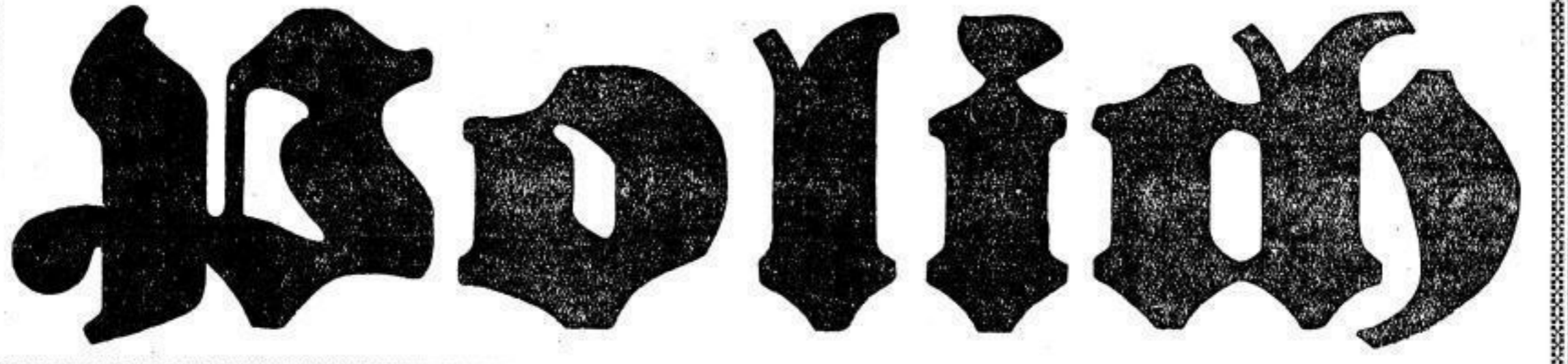
Die beste Bekämpfung der Schundliteratur
ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Donnerstag Schluß

des

Gaillon- Ausverkaufs

Die Preise sind noch mal s herab gesetzt und liegen **vielfach weit unter Einkauf.** Benutzen Sie diese nicht wiederkehrende Gelegenheit, nur Qualitätswaren zu fabelhaft billigen Preisen einzukaufen



Sächsische Angelegenheiten.

Das Ende des Wartnerprozesses.

In dem großen Schieberprozeß, der in Freiberg gegen den Kaufmann Wartner, der sich als Kommissionär des Kommunalverbandes des Betrugs, der Unterschlagung, des Preiswunders und Kettenhandels schuldig gemacht hat...

In der letzten Woche wurden die Geschäfte im einzelnen durchgenommen und die Sachverständigen gehört. Man sah von Tag zu Tag deutlicher, wie der Handel hier das äusserste aufbot, seinen Schutzing zu decken. Für die Düngemittelpreise wurde die Notmarktlage von allen Seiten verneint, ebenso für Hafer, Hülsenfrüchte und Bohnenmehl.

Wartner wies mit Vorliebe auf die Geschäfte hin, bei denen er ohne Gewinn oder sogar mit Verlust gearbeitet habe. Aus Hunderten von einwandfreien Geschäften seien ihm einzelne als nicht einwandfrei zur Last gelegt worden.

Staatsanwalt Welland griff in seiner Rede den Handel hart, aber nicht hart genug an. Ein Häuflein Bevorzugter dürfe zur Zeit der Notmarktlage nicht aufs Geldverdiener ausgehen. In dieser Zeit, wo die Gesetzgebung das ausgeraute Volk schützen müsse, bliebe der Böse kein Raub.

Erst in der zweiten Morgenstunde des Dienstag fiel das Urteil: Wartner wurde wegen verurteilten Betrugs zu vier, wegen der Falschschreibungen zu zwei und wegen Preistreibererei zu drei Monaten Gefängnis, die zu sieben Monaten zusammengezogen wurden, verurteilt.

Wartners Schwager, Franz, wurde wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu 10 200 M., sein früherer Disponent Dittlich wegen Beihilfe zur Preistreibererei zu 800 M. Geldstrafe verurteilt.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß man Wartner nicht als Schieber bezeichnen dürfe. Sein Verdienst um den Kommunalverband bei der Warenverteilung sei beträchtlich. Eine Reihe recht fragwürdiger Geschäfte, bei denen die Ware vom Großhändler über Wartner zum Großhändler ging, konnte nicht als Preistreibererei oder Kettenhandel angesprochen werden.

Offentlich wird der Handel sich ergrimmt zeigen, daß sein Schutzing überhaupt verurteilt wurde. Im Stillen wird er lachen, daß es so glimpflich abging, daß das Geleck doch nicht genug Handhaben bot, gegen diesen Schädling und Ausbeuter einzuschreiten. In Sachsen ist der Mann unmaßlich, aber wird anderswo offene Arme finden, die ihn freundschaftlich empfangen.

Der Proteststurm beginnt.

Die Bürgerlichen scheinen die Ernennung des Genossen Roffel zum Leipziger Amtshauptmann nicht so leicht verkraften zu können. Wir haben für ihre Schmerzen liebevolles Verständnis, Antemata durch die Ernennung Roffels wieder ein kleiner Schritt in der Demokratisierung der Verwaltung nach vorwärts getan worden ist, dem hoffentlich bald weitere folgen.

Und die L. N. N. lassen in einem Artikel, der sich mit derselben Angelegenheit beschäftigt, erkennen, daß die anderen bürgerlichen Parteien sich der deutschen Volkspartei anschließen werden. Das Herfurth-Papier verspricht natürlich Gift und Galle gegen den Minister Pipinski, der es gewagt hat, ohne die Stabsliste am Petersteeinweg zu fragen, einen Sozialdemokraten zum Amtshauptmann zu ernennen.

ausdrückt, daß der beurlaubte Ministerpräsident Bud mit der Ernennung nicht einverstanden sein wird. „Es ist wohl zu erwarten,“ so schreiben die L. N. N. weiter, „daß angesichts der Empörung der Bevölkerung und insbesondere der Beamenschaft die Berufung wieder rückgängig gemacht wird.“

Das kapitalistische Bürgertum und seine Presse wird sich damit abfinden müssen, daß auch in Sachsen die dumpfigen, stickluftigen Amtsstuben ausgesetzt und ein frischer Luftzug demokratischer Verwaltungspraxis, die den jetzigen reaktionären Verwaltungsbureauskräften noch weisensfremd ist, hineingebracht wird.

Bereits gestern war aus einer Drohung in den L. N. N. ersichtlich, daß gegen die Berufung des Genossen Roffel die Beamten mobil gemacht werden sollen, daß heißt, man will die Beamten zur Sabotage veranlassen. Eine bürgerliche Pressezentrale will erfahren haben, daß der Bund Sächsischer Staatsbeamten durch seinen „Demokratisierungsausschuß“ gegen die Berufung Roffels Stellung nehmen werde.

Sie kann zu ähnlichen Mitteln greifen, wie der alte Obrigkeitsohnat gegen als Sozialisten verdächtige Beamte anzuwenden beliebt.

Dresden. Die hiesige Handelskammer sprach sich der Kreis-hauptmannschaft gegenüber dahin aus, daß die Einführung des Beurlaubungswesens im Wandergewerbe zur Zeit nicht angezogen erscheine, hingegen werde eine sorgfältige feuerliche Erfassung dieses Gewerbes für notwendig erachtet.

Chemnitz. Der höheren Weibschule und Webereis-fachschule ist vom Reichsministerium für wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie ein größerer Beitrag zur Unterstützung und sachlichen Ausbildung hervorragender Schüler und bereits gewerblich tätiger Personen auf dem Gebiete der Baumwollspinnerei und Webereitechnik zur Verfügung gestellt worden.

Reichenbach i. B. Zwei in der Bahnhofstraße postierte Polizeiwachmeister bemerkten wie zwei von der Stadt herkommende Radfahrer, die beide Kuckucke auf dem Rücken trugen, in verdächtiger Weise an den Polizeibeamten vorbeizufahren versuchten.

Sandau. Die Sächsische Kraftwagenverwaltung eröffnet am 15. Juli den Betrieb auf der Kraftwagenlinie Großhartmannsdorf-Sandau-Neubauern-Deutsch-Einsiedel.

Die Presse zu unsem sächsischen Landesparteitag.

Die Dresdner Volkszeitung, die bisher in schärfster Opposition zur Chemnitzer Richtung stand und der Frage der Einheitsfront außerordentlich steptisch gegenüberstand, schelbt:

Die letzten Jahre waren leider erfüllt von dem Bruderkampf zwischen den sozialistischen Parteien, der die Sache des Proletariats schwer geschädigt hat. Wie das bei einem Bruderkampf oft der Fall ist, ist es dabei häufig heftiger zugegangen als bei den Kämpfen zwischen der sozialistischen und den bürgerlichen Parteien. Man muß sich aber darüber klar werden, daß die Ursachen dieses Kampfes nicht in der Böswilligkeit oder Dummheit der Anhänger einer der beiden Gruppen oder auch in dem schlechten Willen der Führer zu suchen sind.

Zu einer organisatorischen Verschmelzung beider Parteien wäre es zwecklos heute noch zu fröh. Darüber ist man sich in beiden Parteien einig. Aber für uns gilt es, den Reifungsprozeß, der bei der U.S.P. eingeleitet hat, zu fördern und das können wir, wenn wir jede Gelegenheit benutzen, um mit den Genossen von der U.S.P. gemeinsam praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten.

So können wir aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages den Schluß ziehen, daß die Voraussetzungen für ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien in hohem Maße gegeben sind. Zwar wissen wir, daß die gegenwärtige sozialistische Regierung auf sehr schwachen Füßen steht, aber wenn es den bürgerlichen Parteien gelingen sollte, die Regierung Bud zu bringen, so werden wir die Arbeiter zur Wahlurne rufen mit der Parole: Stützt die sozialistische Regierung, und wenn nicht alles täuscht, so können wir darauf rechnen, daß ein derartiger Appell nicht vergebens sein wird.

Die Leipziger Freie Presse begnügt sich mit der kurzen Bemerkung: Sehr erfreulich war das Bekenntnis zur Einheitsfront mit der völligen Einigung im Hintergrunde.

Außerordentlich unangenehm ist das Ergebnis der Leipziger Tagung und die Annäherung der sozialistischen Parteien den Bürgerlichen und — den Kommunisten. Die letzteren wissen zu genau, daß ihre Taktik bei den Massen immer richtiger eingeschätzt wird, und daß in den Reihen der eigenen Partei der Wille zur Einigung außerordentlich stark ist.

Die Note Fahne schimpft: Die Hilsferdinge, Breitscheide, Pipinski usw. strecken die Waffen vor Koste. Wir wissen (1), daß die Massen der U.S.P. diese Partei des schurklichen Verrates verlassen werden und mit dem Kampf gegen Koste, Scheidemann usw. auch den Kampf gegen Hilsferding, Breitscheid usw. aufnehmen wird.

Der Kämpfer begnügt sich mit einem kurz zusammengefassten Bericht, zu dem er als Quelle die L. N. N. benützt und in dem er wie diese den „Kultusminister Pfeiffer“ den Geschäftsbericht erstatten läßt. In einem eigenen Bericht oder gar einem Urteil hat sich die Sächsische Schwindelzentrale noch nicht durchgefunden.

Die Note Kurier gefällt sich in demselben Ton wie die Note Fahne: Einer organisatorischen Bereinigung der SPD. und U.S.P. steht demnach nichts mehr im Wege. Beide sind einig in ihren Grundauffassungen und Handlungen.

So ist die Klarheit geschaffen. In Sachsen wenigstens ist endgültig die Trennungslinie zwischen Opportunismus und Kommunismus, zwischen Kleinbürgerlichen Elementen und der revolutionären Arbeiterkraft gezogen. Im Reiche folgt sie nach. Hilsferding trifft alle Vorbereitungen. Was wir immer sagten, daß die U.S.P. keine geschichtliche Berechtigung mehr hat, daß sie aufgelöst wird von der SPD., muß jetzt jedem einzelnen Arbeiter klar werden.

Eine breite Kluft tut sich auf zwischen den sozialreformistischen Kleinbürgerlichen Gruppen und der großen Masse des revolutionären Proletariats. Den Klassenbewußten Arbeitern fällt der Schiefer von den Augen. Sie werden in Massen sich von der menschenwürdigen Führerclique abwenden und sich um das Banner der Revolution, vorangetragen durch die W.P.D., sammeln unter dem Ruf: Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Die bürgerliche Presse hält sich sehr reserviert. Die meisten Zeitungen bringen einen kurzen Bericht oder klauen einige Aklate aus den Ministerreden. Nur die beiden in Betracht kommenden Leipziger Blätter machen eine Ausnahme. Sie sind sehr bestrebt und lassen die Hoffnung durchblicken, daß die Einigung noch durch irgendwelche Zwischenfälle verhindert werde.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sagen: Die angemessene Entschiedenheit der U.S.P. bedeutet also, daß auch sie dem Gedanken und der Bewirkung der Einigung des Proletariats nahegetreten will. Aber man übersehe nicht: sie bedeutet noch lange keine Verschmelzung der Parteien. Zur formellen Bereinigung der Parteien würde nach dieser Resolution die U.S.P. erst ihre Einwilligung geben, wenn sich im Verlaufe des Zusammenarbeitens herausgestellt hat, daß die „Grundauffassungen und demzufolge die Handlungen... die gleichen sind“, das heißt, das ganze Tam-Tam stellt nichts weiter als eine Erklärung der Bereitwilligkeit dar, wenn das „Wenn und das Aber“ einst ein getroffen sein sollte.

Das Leipziger Tageblatt legt seine ganze Hoffnung auf die Kommunisten:

Die Ehe ist zwischen den Parteien allerdings noch nicht geschlossen. Der Weg zum Standesamt führt über Lewin. Dort hält man aber etwas zurück, man brennt und will erst das Signal geben, wenn seitens der SPD. die Feuerprobe bestanden ist. Zum Kriterium will man in Reiche die Haltung der Rechtssozialisten bei der Frage der Steuerreform machen, in Sachsen ist man bescheidener. Hier begnügt man sich, wenn die Rechtssozialisten bei der Reform der Gemeindeverwaltung die grundsätzlich sozialistische Tendenz der U.S.P. nicht mit reformistischen Kompromissen verwechseln und wenn sie bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen nicht nach einem Bündnis mit irgendeiner bürgerlichen Partei schieben.

Briefkasten.

Eingekandt Hauspajsa. Anonyme Einsendungen können wir nicht verwenden.

Rekultat. 1. Feststehende Sätze gibt es nicht. Nichtet sich darnach, was die Frau mit ihrem Kinde zum Lebensunterhalt braucht. 2. Sie gehören, wenn nicht ein besonderer Vertrag geschlossen ist, dem Manne. 3. Nein!

S. B. 321. Das sind Ueberstunden und von diesem Verdienst dürfen Steuern nicht abgezogen werden.

S. B. 2. Darüber können wir von hier aus nicht entscheiden, weil die baupolizeilichen Bestimmungen sehr verschieden sind. Flehen Sie einen Sachverständigen zu Rate, der sich die Wohnung ansieht.

S. Sd., 100. Nein!

Austunft 1921. Sie müssen jemand fragen, der auf diesem Gebiet sachverständig ist. Wenden Sie sich an eine Hausfrau, die Grube verwendet.

Gütertrennung. Es muß unter Mitwirkung des Notars oder Gerichts ein Vertrag geschlossen werden, der in das Güterrechtsregister eingetragen wird. Wenden Sie sich an das Amtsgericht. 1. Markt Parteitasse.

J. M. Gundorfer Straße. Stellen Sie ans Amtsgericht den Antrag auf Verlängerung der Räumungsfrist, da Sie sich in vier Wochen ein anderes Geschäftstotal nicht besorgen können.

S. R. 100. Eine Abschlagssumme wird in diesem Falle nicht gezahlt. — 1. Markt Parteitasse.

S. B. 24. 1. Sie können heiraten. 2. Das können wir unmöglich wissen.

Schwarzaderstraße. Das Finanzamt hat richtig entschieden. Nach § 15, Absatz 3, kann das Finanzamt eine andre Stellung nicht einnehmen. Natürlich braucht die Frau von dem Vertrag, den sie erhält, nicht Steuern zu bezahlen. — 3. Markt Parteitasse.

